

Wien, am Dienstag, den 2. April 1929

.....  
Entfallende Sprechstunde. Uebermorgen Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Quirin Kokrda.

.....  
Fortbildungsschuljugend und Erholungsfürsorge. Der Wiener Fortbildungsschulrat wird heuer im Interesse der arbeitenden Jugend ganz besonders auf die Aktion "Lehrlinge aufs Land" beim Ministerium für soziale Verwaltung aufmerksam machen. In den nächsten Wochen werden an allen Fortbildungsschulen über die Lehrlingsferien in Oesterreich, ihre gesetzlichen Grundlagen und ihre praktische Durchführung Vorträge abgehalten. Die Vorträge werden von einem Film begleitet, der das Leben und Treiben in den Erholungsheimen Bruck a. d. Leitha, Fischau a. d. Schneebergbahn, Wieselburg a. d. Erlauf und Schloss Neulengbach zeigt. Es ist sehr begrüßenswert, dass der Fortbildungsschulrat dieses Wohlfahrtswerk für die gewerbliche Jugend, die die körperliche Kräftigung äusserst notwendig hat, in so vorbildlicher Weise fördert.

.....  
Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien. Dieser Tage ist das erste Monatsheft der von der Magistratsabteilung für Statistik herausgegebenen Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien, Jahrgang 1929, erschienen. Das Heft enthält wieder reiches statistisches Material.

.....  
Neue Kurse an der Koch- und Haushaltungsschule. An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, beginnen jetzt folgende neue Kurse: Ein täglicher Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs und zweimal wöchentlich je ein Abendkleidermacherkurs und ein Abendweissenähkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr und an Samstagen von 10 bis 13 Uhr in der Schulkanslei.

.....

Wien, am Mittwoch, den 3. April 1929

.....  
Die Trauerfeier für Bezirksvorsteher Schimon. In der Vorhalle des magistrati-  
 schen Bezirksamtes Hietzing wurde heute nachmittag der Leichnam des Bezirks-  
 vorstehers Franz Schimon aufgebahrt. Der Sarg war reich mit Blumen und Kränzen  
 bedeckt. Um 2 Uhr nachmittag versammelten sich die sozialdemokratischen Be-  
 zirksvorsteher Wiens im Sitzungssaal der Hietzinger Bezirksvertretung, wo der  
 Verstorbene nahezu zehn Jahre vorbildlich gewirkt hat. Obmann Bretschneider  
 hielt dem toten Kollegen einen tiefempfundenen Nachruf, der stehend angehört  
 wurde. Um 3 Uhr begann die Trauerfeier in der Vorhalle, die von Trauergästen  
 überfüllt war. Es waren unter anderem erschienen: Präsident des Nationalrates  
 Matthias Eldersch, die Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danneberg und Hell-  
mann, alle amtsführenden Stadträte, viele National- und Gemeinderäte, sämtliche  
 sozialdemokratischen Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, die gesamte Bezirks-  
 vertretung Hietzing und Magistratsdirektor Dr. Hartl mit vielen leitenden  
 städtischen Beamten. Die Feier wurde mit einem Trauerchoral eingeleitet. Dann  
 nahm für die Stadt Wien in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister  
Emmerling von dem toten Mandatar Abschied, dessen Wirken von allen Schichten  
 der Bevölkerung des Bezirkes als vorbildlich anerkannt wurde. Die Gemeinde  
 hat an Schimon viel verloren; sie dankt ihm für seine Hingebung. Für die Hiet-  
 zinger Bezirksvertretung gedachte Bezirksvorsteher Stellvertreter Kudlin der  
 grossen Verdienste, die sich Schimon um Hietzing erworben hat, und dankte dem  
 Toten namens aller Parteien und der gesamten Bevölkerung von Hietzing für sei-  
 ne wertvolle Arbeit. Für die Eisenbahnerorganisation, der Schimon als Lokomo-  
 tivführer viele Jahre angehört hat, nahm Vizepräsident Smeykal und im Namen der  
 Beamtenschaft des magistratischen Bezirksamtes Hietzing Bezirksamtsleiter Dr.  
Wagner in bewegten Worten von dem Verstorbenen Abschied. Ein Trauerchor beende-  
 te die Feier. Die Trauergäste formierten sich dann zu einem unübersehbaren Zug,  
 an dessen Spitze der Leichenwagen seinen Weg durch die Nisselgasse und Penzin-  
 gerstrasse bis zum Rudolfsheimer Strassenbahnhof nahm. Von dort wurde der Tote  
 in die städtische Feuerhalle überführt, wo in der Zeremonienhalle noch eine kur-  
 ze Trauerfeier abgehalten wurde, bei der Gemeinderat Hofbauer Worte des Ab-  
 schieds sprach.

.....  
Bezirksvertretung Margareten. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung  
 Margareten findet am Montag, den 8. April, um 17 Uhr statt.  
 .....

Berufsberatung und Fortbildungsschullehrkräfte. Auf Antrag des Stadtschulrates findet für die Lehrpersonen des Wiener Fortbildungsschulrates ein Informationskurs über Schule und Berufsberatung statt. Zu Instruktoren dieses Kurses wurde der Leiter des städtischen Berufsberatungsamtes Obermagistratsrat Dr. Hans Pamperl, Berufsberater Dr. Gustav Ichhäuser und die Aerztin Dr. Elise Zimmermann bestellt. Der Kurs soll vor allem die Lehrpersonen an den Wiener Fortbildungsschulen auf die grosse Bedeutung, die die Berufsberatung für die gewerbliche Jugend besitzt, aufmerksam machen.

-----

Der Lohnkonflikt in der Wiener Metallindustrie. Mit Rücksicht darauf, dass die Verhandlungen, die bisher gepflogen wurden, noch immer zu keinem Resultat geführt haben, hat sich Bürgermeister Seitz heute nachmittag sowohl mit dem Wiener Industriellenverband, als auch mit der Leitung des Metallarbeiterverbandes in Verbindung gesetzt und beide Stellen an die schweren wirtschaftlichen Folgen erinnert, die aus einer länger dauernden Stilllegung der Betriebe nicht nur für die Metallindustrie selbst, sondern auch für die Stadt, ja sogar für die österreichische Gesamtwirtschaft entstehen könnten. Er wolle daher zunächst in einer von beiden Seiten beschickten Besprechung Informationen über die beiderseitigen Auffassungen und über die Möglichkeit eines Ausgleiches einholen. Er lade deshalb die beiden Parteien für morgen Vormittag zu einer solchen Besprechung in das Rathaus ein. Sowohl der Wiener Industriellenverband, als auch der Metallarbeiterverband haben sich mit der Einladung des Bürgermeisters einverstanden erklärt und werden morgen Vormittag ihre Vertreter in das Rathaus entsenden.

-----

Das Girardi-Denkmal. Die Gemeinde Wien hat für das Girardi Denkmal einen Platz in der Gartenanlage längst der Friedrichstrasse gewidmet. Am Mittwoch wurde diese Widmung vom Gemeinderatsausschuss für Technische Angelegenheiten genehmigt und ausserdem beschlossen, die Fundierungsarbeiten für das Denkmal auf Kosten der Gemeinde durchzuführen.

-----

Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. In der Nacht von Freitag auf Samstag, von Samstag auf Sonntag, von Sonntag auf Montag und von Montag auf Dienstag wird der Bahnhofrundverkehr wegen Arbeiten auf den Lerchenfeldergürtel in beiden Fahrtrichtungen vom Hotel Union über die Nussdorferstrasse-Spitalgasse-Lazarethgasse-Albertgasse-Blindengasse-Kaiserstrasse-Innerer Mariahilfergürtel zum Sechshausergürtel geführt.

-----

Wien, am Donnerstag, den 4. April 1929

.....  
Wiener Stadtsenat. Der Wiener Stadtsenat tritt morgen Freitag um 10 Uhr vormittags zusammen. Er wird sich mit dem Wohnbausteuerbefreiungsgesetz für Neubauten beschäftigen.

.....  
Der Konflikt in der Wiener Metallindustrie. Heute vormittags fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz eine Besprechung zwischen den Vertretern des Wiener Industriellenverbandes und des österreichischen Metallarbeiterverbandes statt, um den Bürgermeister über den gegenwärtigen Stand der Bewegung zu informieren und wenn möglich, eine Lösung des Konfliktes zu erzielen. Nach einer längeren Debatte stellte der Bürgermeister fest, dass die Entschädigung der Feiertage, wie sie ursprünglich vom Metallarbeiterverband gefordert worden ist, bei den Unternehmern auf unüberwindliche Schwierigkeiten stösse; dagegen seien die Unternehmer bereit, die Lohnverrechnung und Lohnauszahlung derart zu regeln, dass den Arbeitern die Härten des Lohnausfalles infolge der Feiertagsruhe erspart bleiben. Aus der weiteren Diskussion ergab sich, dass die Regelung dieser Frage zweckmässigerweise im Zusammenhang mit der Regelung der übrigen pragmatischen Bestimmungen des Arbeitsverhältnisses überhaupt in Verhandlungen über einen Rahmenvertrag der Wiener Metallindustrie einer definitiven Lösung zugeführt werden soll. Der Bürgermeister stellte mit Befriedigung fest, dass somit der Konflikt wesentlich an Schärfe verloren habe. Es scheine ihm daher möglich, die Kampfhandlungen beiderseits einzustellen und die Verhandlungen über die Lohnfragen der Automobilindustrie morgen wieder aufzunehmen. Die Vertreter beider Gruppen erklärten, sich dafür einzusetzen, dass unter diesen Umständen die Kampfhandlungen im Sinne der Empfehlung des Bürgermeisters eingestellt werden und die Arbeit am Montag, den 8. April, aufgenommen wird. Der Bürgermeister dankte den beiderseitigen Vertretern und bat im Interesse der gesamten Volkswirtschaft und insbesondere Wiens, die Verhandlungen möglichst bald einem befriedigenden Ende zuzuführen.

.....  
Eröffnung des Strauss-Lannerparks. Wie schon berichtet, hat die Gemeinde Wien auf den Gründen des aufgelassenen alten Döblinger Friedhofes in der Billrothstrasse-Sieveringerstrasse eine neue Parkanlage errichtet. Die prächtige Anlage, die den Namen Strauss-Lannerpark führt, wurde heute der Allgemeinheit zur Benützung übergeben. Der Park ist gegen achttausend Quadratmeter gross und enthält viele reizvolle Ruhenlätze.

.....

Zwei neue städtische Kinderfreibäder. Eine Einrichtung, die sich immer mehr einlebt und die vor dem Krieg in Wien völlig unbekannt war, wird nun abermals ausgebaut. Am Mittwoch hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Richter beschlossen, zwei neue Kinderfreibäder zu bauen. Eines wird in Ottakring auf dem Hof-Herplatz errichtet. Dort befindet sich eine Gartenanlage. In den gegen den Lerchenfeldergürtel gelegenen Teil dieses Parkes wird nun das Kinderfreibad eingebaut. Der Park wird bis an die Schule gerückt, so dass auch die Verkleinerung dieser Anlage nicht sehr bedeutend ist. Ottakring wird dann drei Kinderfreibäder haben. Das zweite Kinderfreibad wird in der neuen grossen städtischen Gartenanlage auf dem Herderplatz in Simmering geschaffen. Beide Parkanlagen werden mit modernen Kleiderablagen ausgestattet und mit vorgewärmten Hochquellenwasser gespeist. Die Errichtung der zwei Bäder kosten 220.000 Schilling. Mit den Arbeiten wird sofort nach der Beschlussfassung im Gemeinderat begonnen werden. Längstens im Juni dürften beide Kinderfreibäder der Benutzung übergeben werden. Wien hat dann 20 städtische Kinderfreibäder. Für die grosse Beliebtheit dieser Einrichtung spricht vor allem der starke Besuch. Im Sommer 1928 wurden die Kinderfreibäder Wiens von nicht weniger als 1,223.017 Kindern benützt.

-----

Modernisierung im Kanalwesen. Um die alten Ziegelkanäle, die schon schadhaft sind, durch moderne Betonkanäle zu ersetzen, vergibt der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten schon seit Jahren immer wieder grössere Umbauten von Hauptunratskanälen. So werden in der nächsten Zeit die Hauptunratskanäle in der Türkenstrasse von der Hahngasse bis zur Währingerstrasse, in der Schlickgasse von der Türkenstrasse bis zur Schlickgasse, in der Schottenfeldgasse von der Burggasse bis zur Kandlgasse, in der Herndl-gasse von der Gudrunstrasse bis zur Pernersterfergasse, am Wielandplatz im Zuge der Erlachgasse von der Herndl-gasse bis zur Wielandgasse und schliesslich in der Waldgasse von der Quellenstrasse bis zur Favoritenstrasse umgebaut.

-----

Die Sonntagsruhe im Milchverschleiss. Zufolge einer neuen Anordnung ist der Verschleiss von Milch den Molkereien und Milchverschleissern an den Sonntagen von 1. April bis 30. September von 6 bis 8 Uhr Früh, in der übrigen Zeit des Jahres von 7 bis 9 Uhr vormittags gestattet. Die Milchmeier können während des ganzen Jahres von 7 bis 8 Uhr früh und von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr vormittags Milch verschleissen. Unter Milch im Sinne dieser Vorschrift ist zu verstehen: Frische Milch (Vollmilch, Vorzugsmilch, Kindermilch, Kurmilch und Säuglingsmilch), saure Milch, saurer Rehm, Obers und Schlagebers, Magermilch, Buttermilch, Molken und Joghurt. Butter, Käse und Topfen dürfen nicht verschleisst werden.

Wien, am Freitag, den 5. April 1929

.....

Fürsorgeabgabepflicht der Arbeitsgemeinschaften. Die Veröffentlichung des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes vom 12. März 1929 in den Tagesblättern über die Fürsorgeabgabepflicht des Volksoperntheatervereines hat zu der missverständlichen Auffassung geführt, als ob dieses Erkenntnis ausgesprochen hätte, dass Arbeitsgemeinschaften als solche von der Entrichtung der Fürsorgeabgabe befreit wären. Ueber diese Frage hat der Verwaltungsgerichtshof in dem erwähnten Erkenntnis überhaupt nicht entschieden. Den Gegenstand der Entscheidung bildete nur die Frage, ob der Theaterverein, der die Konzession besitzt, nachträglich für die aufgelaufenen Rückstände der Arbeitsgemeinschaft an Fürsorgeabgabe haftbar gemacht werden kann. Diese Frage hat der Verwaltungsgerichtshof nur für den gegenständlichen, aussergewöhnlichen Fall verneint, da der Theaterverein das Theater nur zur Durchführung einer Notstandsaktion seinem Personal ohne Entgelt überlassen hat, um das Personal nicht der Not preiszugeben. Nur in diesem Falle ist mangels einer Erwerbsabsicht des abgabepflichtigen Theatervereines eine nachträgliche Haftbarmachung für den Rückstand der Arbeitsgemeinschaft durch Vorschreibung der Fürsorgeabgabe an ihn unzulässig.

.....

Lehrlinge aufs Land. Die Anmeldungen in die Erholungsheime für die erwerbstätige Jugend haben nach einer Mitteilung der Lehrlingsfürsorgeaktion bereits begonnen. Am Donnerstag, den 11. April, geht ein Transport von Lehrlingen nach Fischau a. d. Schneebergbahn und von Lehrmädchen nach Schloss Neulengbach ab. Die Anmeldungen erfolgen bei den Zahlstellen oder Bezirksstellen der Krankenkassen. Auskünfte erteilt die Lehrlingsfürsorgeaktion beim Bundesministerium für soziale Verwaltung Wien, I., Hanuschgasse 3, täglich von 9 bis 14 Uhr.

.....

Bund für Mutterschutz. Die Auskunftsstelle für Frauen, die infolge ihrer Mutterschaft in Not sind, befindet sich nunmehr nach einer Mitteilung des Bundes für Mutterschutz in der Kanzlei der Rohö, I., Nibelungengasse 7. Sprechstunden täglich ausser Samstag von 17 bis 18 Uhr. Im Mütterheim, XVI., Maderspergerstrasse 2, finden Mütter mit ihren Säuglingen und auch Schwangere gegen billiges Entgelt Unterkunft. Ärztliche Beratung dort jeden Freitag um 10 Uhr vormittags. Im Mütterheim waren im abgelaufenen Jahr 388 Mütter und 141 Säuglinge in Pflege.

.....

Wien, am Samstag, den 6. April 1929

.....

Neuregelung der Bewertung der Naturalbezüge für die Bemessung der Fürsorgeabgabe. Der Wiener Magistrat hat die Bewertung der Naturalbezüge für die Bemessung der Fürsorgeabgabe neu geregelt. Zufolge dieser Neuregelung wurden die magistratischen Bezirksämter angewiesen, Abrechnungen über die Fürsorgeabgabe ab 1. Jänner 1929 bis auf weiteres hinsichtlich der Bewertung der Naturalbezüge nur dann unbeanstandet zu lassen, wenn die Naturalbezüge mindestens mit folgenden Beträgen bewertet wurden: Für die ganze Verpflegung pro Kopf und Tag bei Selbsterzeugern (Landwirte und Gärtner) 1'60 Schilling, bei allen anderen Betrieben 2 Schilling; für eine Schale weissen Kaffee ohne Brot 11 Groschen; für die Beistellung eines Bettes, der Bettwäsche, Beleuchtung und Beheizung pro Kopf und Woche 75 Groschen, womit in diesem Betrag der Wert der Wohnung mit inbegriffen ist; der Mietwert einer eingeräumten Naturalwohnung ist nach der Höhe des gesetzlichen Mietzinses bestimmt, der für diese Naturalwohnung im Falle der Vermietung nach den Bestimmungen des Mietengesetzes zu entrichten wäre; die Bewertung des beigegebenen Quartiers und eventueller Einrichtungsgegenstände oder sonstiger Leistungen hat durch Vergleich mit vermieteten Mietgegenständen von gleicher Art, Beschaffenheit und Lage zu erfolgen; bezieht ein Arbeiter oder Angestellter ein Quartier- oder einen Wohnungsbeitrag, so ist dieser Betrag ziffernmässig abzurechnen. Werden geringere Ansätze einbekannt, so sind diese nur dann unbeanstandet zu lassen, wenn die betreffenden Abgabepflichtigen imstande sind, durch Belege die niedrigeren Gestehungskosten, beziehungsweise die nach den Bestimmungen des Mietengesetzes errechneten niedrigeren Werte der beigegebenen Naturalwohnung oder sonstiger Naturalbezüge nachzuweisen. Falls in den Kollektivverträgen der einzelnen Gewerbe höhere Beträge für die Bewertung der Naturalbezüge eingestellt sind, als die oben angeführten Minimalbeträge, wie beispielsweise in den Restaurations- und Kaffeehausbetrieben, wo an den dienstfreien Tagen den Angestellten ein Barbetrag von 2'50 Schilling als Kostenschädigung gewährt wird, so sind die in den Kollektivverträgen festgesetzten Beträge als Bemessungsgrundlage anzunehmen. Die Restaurations- (Gasthäuser) und Kaffeehausbetriebe haben daher pro Angestellten und Woche mit einem Ruhetag von 14'50 Schilling an Naturalverpflegung einzubekennen. Erscheinen in den Aufzeichnungen der Abgabepflichtigen höhere Sätze für die Naturalbezüge verbucht, so gelten diese auch für die Fürsorgeabgabe.

.....

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht Morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Dr. Leo Stern über "Die Wirtschaft als Gesamtprozess".

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Mariahilf in der Hornbostelgasse und Sonnenuhrgasse, auf dem Alsergrund in der Lichtentalergasse, in Fünfhaus in der Ullmannstrasse und in der Brigittenau in dem noch nicht elektrisch beleuchteten Teil der Stromstrasse und schliesslich in der Loystrasse von der Stromstrasse bis zur Adalbert Stiftergasse in Betrieb gesetzt. In der nächsten Zeit werden in Mariahilf die Münzwardeingasse, Brauergasse, Königseggasse, Hugo Wolfgasse, Stiegengasse, Joanellegasse, Luftbadgasse, Dürergasse, Eggerthgasse und der Loquaipplatz mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

-----

Starker ausländischer Schülerbesuch in Wien. In dieser Woche hat die städtische Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse wieder sehr viele Schüler aus dem Auslande als Gäste, die vornehmlich zu Studienzwecken nach Wien gekommen sind. Insgesamt hat die städtische Schülerherberge diese Woche 175 Gäste bequartiert und verköstigt. Es sind dies Handelsakademiker aus Poznan (Polen), Universitätshörer aus Krakau, Lyceisten aus Krzemienieckie (Polen), Berufsschüler aus Hamborn am Rhein und Hörerinnen der Lehrerinnenbildungsanstalt und der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen in Graz.

-----

Sitzungen im Rathaus In der kommenden Woche tagt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat. Am Freitag hält um 14 Uhr der Wiener Landtag eine Sitzung ab. Er wird eine Kommission von 12 Mitgliedern zur Vorberatung der neuen Bauordnung wählen und das Wohnbausteuerbefreiungsgesetz für Neubauten verabschieden. Nach der Sitzung des Wiener Landtages tritt dann der Wiener Gemeinderat zusammen.

-----

Der rumänische Handelsminister beim Bürgermeister. Heute erschien im Rathaus der rumänische Handelsminister Dr. Magearu, der sich ganz kurze Zeit in Oesterreich aufhält. Er wurde vom Bürgermeister Seitz empfangen. Der Minister gab zunächst seiner Bewunderung über die umfangreiche Wohnbautätigkeit der Wiener Stadtverwaltung Ausdruck und interessierte sich vor allem für die Fleischversorgung Wiens. Bürgermeister Seitz informierte den Minister eingehend über die Wiener Kommunalpolitik, wobei insbesondere auch das städtische Wohlfahrtswesen besprochen wurde.

-----

Wohnung- und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Assistent Dr. Schwieger über "Stadtentwicklung".

Die Stadt Wien für die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Wien-Salzburg.

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Salzburg hat am 25. Februar dieses Jahres eine an den Nationalrat, das Bundesministerium für Handel und Verkehr und an die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen gerichtete Resolution beschlossen, in der auf die dringende Notwendigkeit der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg hingewiesen wird. Diese Resolution wurde auch von den meisten an der Westbahnstrecke gelegenen Gemeinden beschlossen. Nunmehr wird auch die Gemeinde Wien eine ähnliche Resolution an die vorgenannten Behörden richten. In dieser wird ausgeführt werden, dass die Gemeindevertretung der Bundeshauptstadt Wien bestimmt erwartet, dass die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg in der nächsten Zeit und im unmittelbaren Anschluss an die Elektrifizierung der Strecke Salzburg-Wörgel in Angriff genommen wird. Sie bringt ihre Resolution dem Nationalrat, der Bundesregierung und der Generaldirektion der Bundesbahnen zur Kenntnis und ersucht alle massgebenden Faktoren, diese im öffentlichen Interesse gelegenen Arbeiten mit aller Beschleunigung durchzuführen. Die Vorlage hat bereits den Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung und am Freitag den Stadtsenat beschäftigt und geht jetzt dem Wiener Gemeinderat zur Beschlussfassung zu.

-.-.-.-.-

Wieder Schnee in Wien. Infolge des gestern eingesetzten starken Schneefalles mussten der städtische Fuhrwerksbetrieb und die städtischen Strassenbahnen wieder umfangreiche Schneeaufräumungsarbeiten durchführen. Insgesamt wurden bei den Schneeaufräumungsarbeiten 4830 Schneearbeiter und über 1000 Strassenarbeiter verwendet. Der städtische Fuhrwerksbetrieb führte mit 226 Pferdeschneepflügen und 22 Autoschneepflügen die maschinelle Schneesäuberung durch. Bei der städtischen Strassenbahn wurde kurz nach Mitternacht die Bereitstellung der Mannschaften für die Schneepflüge angeordnet. Bereits nach 1 Uhr früh fahren alle motorischen und Pferdeschneepflüge zur Freimachung der Gleise aus. Verwendet wurden 88 Motorpflüge mit 132 Anhängern und 12 Pferdeschneepflüge.

-.-.-.-.-

Hauptversammlung des Verbandes für Wohnungsreform. Am Sonntag, den 14. April hält der Oesterreichische Verband für Wohnungsreform im grossen Saal der Handels- und Gewerbekammer seine gründende Hauptversammlung ab. Die Beschickung der Tagung durch die gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften sowie öffentlichen und privaten Körperschaften, die an der Wohnungsfrage interessiert sind, wird sehr stark sein. Amtsführender Stadtrat Weber wird den Bericht über die Arbeiten des vorbereitenden Komitees erstatten. Hofrat Bonczak vom Zentralverband der gemeinnützigen Bruggenossenschaften Oesterreichs wird die Satzungen des neuen Verbandes der Tagung unterbreiten. Schliesslich werden die Wahlen des Vorstandes vorgenommen; es besteht die Absicht, den früheren Präsidenten des Wiener Oberlandesgerichtes Hofrat Dr. Ludwig Altmann zum Präsidenten der Vereinigung zu wählen.

-.-.-.-.-

Wien, am Samstag, den 6. April 1929 Zweite Ausgabe.

Gaswerksdirektor i. R. Ingieur Dr. Franz Kapaun gestorben. Am Freitag ist plötzlich der ehemalige Betriebsdirektor der Wiener städtischen Gaswerke Oberbaurat Ingenieur Dr. Franz Kapaun gestorben. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der für die Stadt Wien Grosses geleistet hat. Im Jahre 1873 in das Stadtbaumeisteramt eingetreten, wurde er im Oktober 1896, nachdem vom Gemeinderate die Verstädtlichung der Gasversorgung Wiens beschlossen worden war, zum Leiter des Baues eines neuen Gaswerkes und seiner Aussenanlagen bestellt. Dadurch war ihm die Aufgabe geworden, bis spätestens 30. Oktober 1899, also in knapp drei Jahren, auf Grund unzulänglicher Vorarbeiten eine in ihrer Art noch nie dagewesene Leistung zu vollbringen. An ihrem Gelingen zweifelten nicht nur weite Kreise der Öffentlichkeit, sondern auch hervorragende Fachleute. Nur ein Mann mit dem technischen Können, der ausserordentlichen Energie und der ganz ungewöhnlichen Arbeitsfähigkeit Kapauus konnte diese Aufgabe lösen. Ihr Misslingen hätte die Gemeinde dem Diktat der Englischen Gasgesellschaft wehrlos ausgeliefert und jede weitere Verstädtlichung in Wien für absehbare Zeit unmöglich gemacht. Bau und Inbetriebsetzung der neuen Anlagen wurden rechtzeitig vollendet und am 30. Oktober 1899, dem Tag des Ablaufes des Gesellschaftsvertrages, wurde die Gasversorgung durch die Gemeinde aufgenommen. Nach der Ernennung zum Betriebsdirektor der städtischen Gaswerke ist Kapaun infolge der Ueberanstrengungen kränklich geworden. Im Oktober 1903 trat er, nachdem ihm das Bürgerrecht verliehen worden war, in den Ruhestand. Im österreichischen Ingenieur- und Architektenverein, der den Verstorbenen in allen bedeutsamen Fragen als hervorragenden und unermüddlichen Mitarbeiter hochschätzte, hat den hochverdienten Mann während einer Beratung der Tod ereilt.

Freie Oberarztsstelle. In der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe der Stadt Wien ist mit 1. Juli 1929 die Stelle eines Anstaltsoberarztes zu besetzen. Die Stellung des Anstaltsoberarztes entspricht der Stellung eines Spitalsassistentenarztes. Die Anstellung erfolgt vertragsmässig gegen beiderseitige vierwöchige Kündigung. Gesuche um diese Stelle sind mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen bis spätestens 20. April im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien I., Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstweg vorzulegen.

Wien, am Montag, den 8. April 1929

.....

Die Wohnbausteuerbemessung für die Landwirte. Einige Floridsdorfer Landwirte haben gegen die Parifikation der Wohnbausteuer für ihre Wohnungen und Geschäftsräume in ihrem Anwesen Einspruch erhoben. Der Wiener Magistrat hat diesem Einspruch stattgegeben und bei der neuerlichen Bemessung zum Vergleich der Ställe und Scheunen der Beschwerdeführer Objekte herangezogen, die im Jahre 1914 an Fuhrwerks- und Sandgrubenbesitzer vermietet waren. Die Beschwerdeführer wollten aber auch diese Vergleichsobjekte nicht anerkennen, weil sie im Jahre 1914 für gewerbliche Betriebe verwendet wurden, während die strittigen Räume jetzt landwirtschaftlichen Zwecken dienen. Sie führten gegen die Mietwertfeststellung die Beschwerde bis zum Verwaltungsgerichtshof, der sie am 2. April als unbegründet abwies. Der Magistrat war in der Verhandlung durch Senatsrat Dr. Urban vertreten. In der Begründung der Abweisung wird ausgeführt, dass der Fall der Parifikation gegeben sei, weil die gesetzlichen Voraussetzungen zutreffen, wonach die Objekte im Jahre 1914 nicht vermietet waren. Objekte gleicher Lage, Beschaffenheit und Verwendung hat der Magistrat nicht gefunden. Auch die Beschwerdeführer haben solche Objekte nicht namhaft gemacht. Die Objekte, die von den Beschwerdeführern zu Vergleichszwecken angegeben worden waren, sind nicht vermietet gewesen. Die Beschwerdeführer sind von der irrigen Anschauung ausgegangen, dass auch im Jahre 1914 verpachtete Objekte herangezogen werden könnten. Dies widerspricht aber dem Wohnbausteuergesetz, das ausdrücklich sagt, dass bei Pächtern niemals der Pachtzins, sondern der Mietwert des ihnen verpachteten Raumes als Bemessungsgrundlage der Wohnbausteuer in Betracht kommt. Die Auswahl der Vergleichsobjekte stand im Ermessen der Behörde. Das Gesetz kennt nur zwei Arten von Mietobjekten: Wohnungen und Geschäfte. Daher fallen Objekte, die der Landwirtschaft dienen, unter die Geschäftslokale. Der Verwendungszweck der Vergleichsobjekte, die der Magistrat gewählt hat, ist sehr ähnlich dem eines Landwirtes. Ganz unbegründet ist die Einwendung, der Magistrat hätte den geringeren Wert der in den Scheunen untergebrachten Materialien bei der Mietwertbestimmung berücksichtigen müssen. Für die Frage des Mietwertes ist der Wert der in den Räumen untergebrachten Gegenständen ebenso belanglos wie die Rentabilität des Betriebes.

.....

Von den Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Alsergrund hält am Mittwoch, den 10. April, um 17 Uhr eine Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Landstrasse tritt am Donnerstag, den 11. April, ebenfalls um 17 Uhr zusammen.

.....

Wien, am Montag, den 8. April 1929 Zweite Ausgabe.

.....

Keine Demonstrationen auf der Hohen Warte. In einem heutigen Montagblatt wird ein Vorfall auf der Hohen Warte erwähnt, der sich anlässlich des gestrigen Länderkampfes Oesterreich-Italien ereignet haben soll, und berichtet, dass die Gemeindegewache nicht imstande war, einen Überfall eines Teiles der Zuschauer auf eine Gruppe von Italienern zu verhindern und dass Bundespolizei zu Fuss und Pferd einschreiten musste, um das Spielfeld von den raufenden Parteien zu säubern. Demgegenüber ist festzustellen, dass die erwähnte Gruppe der Italiener von einem Teil der Besucher des Länderwettkampfes wegen ihrer Hochrufe mit Pfeifungen empfangen wurde, dass aber von einer Ordnungsstörung, die das Einschreiten der Gemeindegewache notwendig gemacht hätte, keine Rede sein kann. Die Bundespolizei ist weder aus diesem, noch aus einem anderen Anlass während des sonntägigen Wettkampfes auf dem Sportplatz in Aktion getreten.

.....

Gemeindegewachsubventionen. Der städtische Finanzausschuss hielt heute eine Sitzung ab, in der eine Reihe von Subventionen der Gemeinde Wien beschlossen wurde. So erhält der Verein "Distriktskrankenpflege" eine Subvention von zehntausend Schilling. Der Verein gewährt seit vielen Jahren armen Kranken häusliche Krankenpflege durch geschulte Krankenschwestern. Der Verein "Herzstation" wird mit viertausend Schilling subventioniert. In der Herzstation wurden im vergangenen Jahr 6398 Kriegsbeschädigte, 11.232 mittellose Herzkranke und 3246 Sportsleute untersucht beziehungsweise behandelt. Eine Subvention von je dreitausend Schilling wurde für den Oesterreichischen Werkbund und für die volkstümlichen Universitätskurse bewilligt. Der Verein für Geschichte der Stadt Wien erhält eine Subvention von 1500 Schilling. Dieser Verein, dessen Tätigkeit allgemeine Wertschätzung genießt, wird das heurige Jahr als Jubiläumsjahr der ersten Türkenbelagerung durch Herausgabe einer würdigen Festschrift feiern. Schliesslich hat der städtische Finanzausschuss drei Ehrenpreise gewidmet. Der Kunstgemeinschaft, Vereinigung bildender Künstler Oesterreichs wurde für die Frühjahrsausstellung 1929 ein Ehrenpreis von 500, dem Oesterreichischen Künstlerbund für seine 23. Jahresausstellung ein solcher von 300 und schliesslich der Wiener Frauenkunst für die Ausstellung "Das Bild im Raum" ein Ehrenpreis von 400 Schilling gewährt.

.....

Die Lustbarkeitsabgabe für das Fussballwettspiel Oesterreich-Italien. Bei dem am Sonntag ausgetragenen Wettspiel Oesterreich-Italien hat die Bruttocinnahme zum erstenmal im Sportbetrieb die Summe von hunderttausend Schilling erreicht. Sie betrug nämlich 109.441,40 Schilling, obwohl das Wetter keineswegs besonders günstig war. Die Lustbarkeitsabgabe betrug 28.454 Schilling.

.....

Wien, am Mittwoch, den 10. April 1929

-----

Für die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg. Wie schon kurz mitgeteilt, wird der Wiener Gemeinderat am Freitag eine Resolution beschließen, in der die beschleunigte Durchführung der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg gefordert wird. In der Resolution wird ausgeführt, dass im Laufe dieses Jahres die Elektrifizierung des Bundesbahnstrecke Wörgel-Salzburg beendet und damit die elektrische Zugführung von Salzburg bis an die Bundesgrenze in Vorarlberg ermöglicht sein wird. Die westlichen Alpenländer werden damit ab Salzburg in einem geschlossenen elektrischen Betriebsnetz mit der Schweiz stehen. Andererseits wird auch die deutsche Reichsbahn von Salzburg über Rosenheim nach Kufstein und nach München bereits elektrisch betrieben. Die Hauptverkehrsader Oesterreichs, die Bundesbahnstrecke von Wien nach Salzburg, auf der sich der Verkehr durch die Anschlusslinien nach den Alpenländern sowie nach dem Deutschen Reich über Passau und Simbach ausserordentlich verdichtet, entbehrt jedoch noch der elektrischen Zugführung. Dem Vernehmen nach ist auch Ungarn entschlossen, die Eisenbahnlinie von Budapest nach Wien bis zur Grenze auf den elektrischen Betrieb umzubauen. Die Entwicklung der Elektrifizierung der Eisenbahnen drängt also unabweislich dahin, dass auch der Betrieb auf der Strecke Salzburg Wien und die Fortsetzung bis zur ungarischen Grenze so rasch als möglich vor allen anderen Linien elektrifiziert wird. Nun ist die Bundesbahnstrecke Wien-Bregenz die einzige grosse Radiallinie, die noch von Wien aus geht und die nicht durch den Krieg verlorengegangen ist. Diese Strecke, die für Oesterreich als internationale Transitstrecke von ungeheurer Bedeutung ist, ist aber eigentlich nur in ihrem schwachfrequentierten Teil von der Schweizer Grenze bis nach Salzburg elektrifiziert. Der verkehrsreichere Teil von Salzburg nach Wien und bis zur ungarischen Grenze muss daher ebenfalls auf den elektrischen Betrieb umgebaut werden. Wenn nun das österreichische Zwischenstück Salzburg-ungarische Grenze ausgeführt wird, ergibt sich von Genf bis Budapest eine ununterbrochene einheitliche Elektrolinie von 1400 Kilometer. Was das für die bessere Verkehrsausgestaltung für alle daran interessierten Länder bedeutet, bedarf wohl keiner besonderen Erläuterung. Die Fortsetzung der Elektrifizierung der österreichischen Bundesbahnen auf der Strecke Salzburg-Wien stand daher schon wiederholt in der Diskussion des Nationalrates sowie anderer öffentlicher Körperschaften und war Gegenstand eingehender Studien der Bundesregierung, der Generaldirektionen der Bundesbahnen und der hierzu bestellten Sachverständigen, die nach genauester Begutachtung und Prüfung in ihrer überwiegenden Mehrheit zu dem Ergebnisse gelangt sind, dass die Elektrifizierung der Westbahn vorteilhaft ist und fortgesetzt werden soll, weil diese Betriebsart sogar eine Ersparnis von jährlich anderthalb Millionen Schilling mit sich bringt; diese Ziffer ist sogar sehr vorsichtig gerechnet, da das Bundesministerium für Handel und Verkehr selbst drei Millionen Schilling berechnet hat. Was speziell die Bundeshauptstadt Wien anlangt, so kommt für sie ausser den angeführten Gründen, die für eine rasche Durchführung der Elektrifizierung sprechen, noch der in Betracht, dass der Dampfbetrieb einer Eisenbahn unvermeidlich eine starke Verunreinigung der Luft durch die Rauch- und Gasentwicklung zur Folge hat, die sich in der Grosstadt und in ihrer unmittelbaren Umgebung, in der ein Grossteil der Bevölkerung Erholung sucht, besonders schädigend auswirkt. In der Grosstadt selbst und in ihrer nächsten Umgebung ist der Zugverkehr am dichtesten, die Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung daher am grössten. Die Gemeindevertretung der Bundeshauptstadt Wien ist schon aus den angeführten Gründen in der bestimmten Erwartung, dass die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg in der nächsten Zeit und im unmittelbaren Anschluss an die Elektrifizierung der Strecke Salzburg-Wörgel in Angriff genommen wird. Sie bringt ihre Resolution dem Nationalrat, der Bundesregierung und der Generaldirektion der Bundesbahnen zur Kenntnis und ersucht alle massgebenden Faktoren, diese im öffentlichen Interesse gelegenen Arbeiten mit aller Beschleunigung durchzuführen.

-----

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, findet morgen Donnerstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine all-gemeine Führung statt.

-----

Wien, am Mittwoch, den 10. April 1929 Zweite Ausgabe.

.....  
Neuer städtischer Wohnhausbau. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat am Dienstag einen neuen städtischen Wohnhausbau beschlossen. Die Entwürfe für den neuen Bau hat Architekt Alfred Kraupa entworfen. Die Anlage wird in Meidling auf dem Johann Hoffmannplatz aufgeführt und 81 Wohnungen enthalten. Die voraussichtlichen Kosten werden insgesamt 1'15 Millionen Schilling betragen.

.....  
Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Vom 12. bis einschliesslich 19. April wird der Bahnhofrundverkehr wegen Gleisarbeiten in beiden Fahrtrichtungen vom Fraterstern über die Heinestrasse-Taborstrasse-Kai-Schottenring-Porzellangasse-Althanstrasse-Lichtenwörderplatz- zum Währingergürtel geführt.

.....  
Eine Ausstellung des Drechslergewerbes. Im städtischen Finanzausschuss berichtete am Montag Gemeinderat Hiess über die Veranstaltung einer Ausstellung des Drechslergewerbes, die alle Erzeugnisse dieser Branche, Knöpfe und Galanterieartikeln, von der einfachsten bis zur feinsten Form zeigen soll. Die Ausstellung wird vom 22. bis 29. April im Stafawarenhaus untergebracht sein. Es wird ihr auch eine Verkaufsabteilung angegliedert. Die Lage des Drechslergewerbes ist seit Jahren ungemein trist. Es ist auf den Export eingestellt, der insbesondere für die Knopfindustrie fast unmöglich geworden ist. Durch diese Ausstellung soll der Versuch unternommen werden, die Öffentlichkeit auf dieses Kunstgewerbe aufmerksam zu machen. Es wurde beschlossen, zur Förderung dieser Ausstellung eine Gemeindesubvention von 600 Schilling zu gewähren.

.....  
Kongress der Deutschen Gesellschaft für experimentelle Psychologie. Die Deutsche Gesellschaft für experimentelle Psychologie hält gegenwärtig in Wien ihre 11. Tagung ab. Die Teilnehmer an dem Kongress erschienen heute unter Führung des Vorsitzenden Professor Dr. Bühler (Wien) im Rathaus, wo sie von Bürgermeister Seitz empfangen wurden. Geheimrat Professor Dr. Dürck (Bonn) dankte in überaus herzlichen Worten für die freundliche Aufnahme, die die Kongress Teilnehmer in Wien gefunden haben. Bürgermeister Seitz hiess die Gäste im Wien herzlich willkommen. Die Stadt Wien bringt den Wissenschaften stets das grösste Interesse entgegen, sagte der Bürgermeister; so ist die Stadt Wien sich auch der hohen Bedeutung der Psychologie bewusst, weshalb diese auch ihre entsprechende Förderung findet. Dem Empfang wohnten unter anderem die Vizebürgermeister Emmerling und Hoos, Präsident Glöckel, die amtsführenden Stadträte Linder, Speiser und Tandler und Rektor Dr. Innitzer mit dem Prodekan Dr. Mayer bei.

Wien, am Donnerstag, den 11. April 1929

.....  
Billroth-Ehrung im Wiener Rathaus. Aus Anlass der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages Theodor Billroths veranstaltete die Stadt Wien am Mittwoch abends im grossen Festsaal des Rathauses einen Empfang, an dem Bundespräsident Miklas, Bundeskanzler a. D. Renner, Landeshauptmann a. D. Sever, der Rektor der Universität Dr. Innitzer, die meisten Mitglieder der Wiener medizinischen Fakultät, darunter die Professoren Wagner-Jauregg, Eiselsberg, Ortner, Wettstein, Hochenegg und so weiter, sowie die anlässlich der Billroth Ehrung in Wien weilenden Aerzte, ferner die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die Stadträte Professor Dr. Tandler, Speiser und Linder, Magistratsdirektor Dr. Hartl und andere mehr teilnahmen.

Die Gäste wurden vom Bürgermeister Seitz begrüsst. Es war ein ungeheures Glück für die Menschheit, sagte der Bürgermeister, dass sich Theodor Billroth im entscheidenden Moment auf jene Bahn begeben hat, auf der diese gewaltige Natur das Grösste leisten konnte. Eine Persönlichkeit von der Vielgestaltigkeit wie Billroth konnte nicht anders als tastend, vielleicht sogar schwankend den Beruf finden, in dem die höchste Leistung zu vollbringen war. Wir Laien können Billroth nicht als Gelehrten, Lehrer, Forscher und Praktiker würdigen. Aber was uns zusteht zu sagen, ist: er war ein echter Wiener. In der Werkstatt voll Fleiss und Kraft, im Leben voll froher Sinnesfreude. So kam es, dass die Gelehrtenwelt ihn ehrte als den grossen Forscher und Schöpfer, der den Ruhm der Wiener Alma Mater in die Welt trug, die Wiener aber zu ihm aufblickten als zu ihrem Ideal: der grosse Mensch. (Stürmischer Beifall).

Sie sahen ihn am Bett des Kranken als den Chirurgen, der nicht nur den notwendigen Eingriff macht, sondern dem Schönheit und Erhaltung der Integrität ebenso wichtig erscheint. Sie sahen ihn überall, wo man Institutionen für die leidende Menschheit bildet, sei es die Rettungsgesellschaft oder das Rudolfinerhaus, die Pflegerinnenschule oder die Studentenhilfe, sei es die Organisation des zivilen oder des militärischen Sanitätsdienstes, überall ist er voran als mutiger Initiator. So stand er nicht nur vor seinen eigenen Genossen, so wird er immer stehen in der Erinnerung im Herzen der Wiener. Der Bürgermeister begrüusste dann besonders die reichsdeutschen Gäste, die nach Wien gekommen sind, Billroth zu ehren. Deutsche Kultur, deutsche Wissenschaft werden den Völkern der ganzen Erde noch vieles geben (Stürmischer Beifall).

Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte Professor Geheimrat Dr. Payr (Leipzig), der in herzlichen Worten der Stadtverwaltung für den Empfang

in der Herz-Kammer Wiens dankte. Die Gäste haben auch die Wiener kommunalen Wohlfahrts-Einrichtungen kennen gelernt und mit Bewunderung ihren hohen Stand wahrgenommen. Wien ist eine der herrlichsten Stätten edelster Kultur und ein fruchtbarer Boden für Kunst und Wissenschaften. Auf solch verbildlicher Stätte konnte sich Billroths Genie voll entfalten.

Die Feier wurde durch künstlerische Darbietungen des Gottesmann-Quartetts, des Kammer-sängers Jergor, der Opernsängerin Waldenburg Gerzner und der Künstlerinnen Lipinskaja, Mitzi Günther, Lizzi Holzschuh und des Schauspielers Fritz Steiner verschönt.

-----  
Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hielt am Montag eine Sitzung ab, in der ausser den bereits mitgeteilten Subventionen noch eine Reihe anderer Subventionen beschlossen wurde. So wird das Technische Museum für Industrie und Gewerbe in Wien mit viertausend Schilling subventioniert. Das Museum ist eine unentbehrliche Lehranstalt, deren Besuch und Studium in den Lehrbetrieben der Wiener Schulen und des Wiener Pädagogiums aufgenommen wurde. Der Verein "Hauskrankenpflege" erhält eine Subvention von 2500 Schilling. Der Verein hat im abgelaufenen Jahr in Wien 1840 Kranke gepflegt. Die Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich, der Wissenschaftliche Klub in Wien und schliesslich die freiwillige Siedlungsfeuerwehr Rosenthal-Satzberg wurden mit je zweitausend Schilling subventioniert. Die Publikationen der Denkmäler der Tonkunst sind hervorragende musikwissenschaftliche Werke. Der Wissenschaftliche Klub, der schon 53 Jahre besteht, ist bestrebt, durch Veranstaltung von Vorträgen, literarischen Unternehmungen und Exkursionen Ergebnisse und Errungenschaften der gesamten Wissenschaft einen möglichst grossen Kreis von Interessenten zu vermitteln. Der Verein Ernst Mach, der Deutsche Volksgesangsverein in Wien und endlich das Rekonvaleszentenheim "Philantropia" erhalten eine Subvention von sechshundert Schilling

-----  
Von den Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält ihre nächste öffentliche Sitzung am Donnerstag, den 18. April, um 18 Uhr ab. Die Bezirksvertretung Mariahilf tritt am Donnerstag, den 25. April, ebenfalls um 18 Uhr zusammen.

-----  
Stromabschaltung. Im Hause XVI., Thaliastrasse 98 wurde die elektrische Installation trotz wiederholter Aufträge nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht, obwohl sie die persönliche Sicherheit gefährdete und eine Feuersgefahr bildete. Um Unglücksfällen vorzubeugen, musste daher die zuständige Magistratsabteilung in diesem Haus den elektrischen Strom vom städtischen Kabelnetz abschalten.

Wien, am Donnerstag, den 11. April 1929 Zweite Ausgabe

.....  
Der Konflikt in der Autoindustrie. Heute mittags erschienen die Vertreter der grossen Automobilbetriebe und Vertreter des Wiener Industriellen Verbandes beim Bürgermeister, um ihn über den derzeitigen Stand der Lohnbewegung in der Autoindustrie zu informieren. Nach einer längeren Aussprache kam man dahin überein, dass nunmehr die Verhandlungen in den einzelnen Betrieben nach Möglichkeit in ein rascheres Tempo gebracht werden sollen, um die eheste Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Der Bürgermeister erklärte sich bereit, auch mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes in diesem Sinne Rücksprache zu pflegen.

.....  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in der Innoren Stadt auf dem tiefen Graben und Am Gestade, auf der Wieden in der Technikerstrasse, Madergasse und Brücknerstrasse, in Hietzing in dem noch nicht elektrisch beleuchteten Teil der Linzerstrasse, in Fünfhaus in der Kröllgasse, Selzergasse, Wurmsergasse und Illokgasse, in Döbling in der Obkirchergasse, in der Brigitte-nau in der Pappenheimgasse und Hellwagstrasse und schliesslich in Meidling in der Gartenstadt Am Tivoli in Betrieb gesetzt. Auf der Wieden werden in der nächsten Zeit die Klagbaumgasse, Kleine Neugasse, Rubensgasse, Mostgasse, Labrechtgasse, Rittergasse und der Rubens-Park mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet,

.....  
Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, sind noch einige Plätze in folgenden Abend- und Nachmittagskursen frei: Kleidermachen, Schnittzeichnen für Schneiderinnen, Weissnähen und Frisieren. Einschreibung und Einzahlung täglich von 8 bis 14 Uhr in der Schulkanzlei. Die Frauengewerbeschule der Stadt Wien macht darauf aufmerksam, dass schon jetzt die Einschreibungen für das neue Schuljahr für Weissnähen und Kleidermachen vorgenommen werden.

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Freitag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....

Wien, am Freitag, den 12. April 1929

## W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 12. April 1929

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Vor Eingehen in die Tagesordnung hält Präsident Dr. Danneberg dem verstorbenen Landtagsabgeordneten Anton Meidl folgenden Nachruf, der vom Haus stehend angehört wurde:

Der Wiener Landtag hat in der letzten Zeit einen schweren Verlust erlitten. Der Abgeordnete Anton Meidl ist am 23. März dieses Jahres gestorben. Anton Meidl ist 3 Jahrzehnte lang im Kreise seiner Berufskollegen und inmitten der Bevölkerung des zehnten Wiener Gemeindebezirkes tätig gewesen. Durch das Vertrauen der Favoritner ist er in den Wiener Gemeinderat und Landtag gekommen, dem er seit dem Bestand dieser Körperschaft als Landtag angehört hat. Er ist infolge seines konzilianten Wesens und seines Pflichteifers, der ihn auch während seiner Krankheit immer wieder in dieses Haus geführt hat, allgemein beliebt und geachtet gewesen. Die starke Teilnahme an seinem Leichenbegängnis hat das auch erwiesen. Wir werden dem Verstorbenen auch in unserem Kreise ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Wiener Landtag nimmt sodann die Wahl einer Kommission von zwölf Mitgliedern zur Vorberatung der neuen Bauordnung vor. In diese Kommission werden entsendet die Landtagsabgeordneten Bermann, Bock, Böhm, Dr. Danneberg, Hellmann, Linder, Reismann, Schleifer, Biber, Dr. Kolassa, Millik und Dr. Wagner.

St. R. Breitner berichtet nun über die Gesetzesvorlage betreffend die zeitliche Befreiung von der Wohnbausteuer aus dem Titel der Bauführung. Der Wiener Landtag hat mit Gesetz vom 20. Jänner 1923 die Befreiung von der Wohnbausteuer für Neu-, Zu-, Um- und Aufbauten, die ausschliesslich aus privaten Mitteln errichtet werden, beschlossen und sie fortlaufend bis zum 31. Dezember 1928 erneuert. Wenn jetzt mit einiger Verspätung diese Vorlage zur weiteren Bauförderung und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dem Landtag unterbreitet wird, so liegt die Ursache der Verzögerung darin, dass ursprünglich die Erledigung des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzesentwurfes wegen der darin enthaltenen Zusammenhänge mit der Wohnbausteuer abgewartet werden sollte. Nun ist es aber infolge der eingetretenen Bauzeit nicht mehr möglich, eine weitere Verzögerung entstehen zu lassen. Das bisherige Ausmass einer dreissig- und jährigen vollkommenen Befreiung von allen Realsteuern war an für sich ganz aussergewöhnlich und viel weitergehend, als derartige Begünstigungsgesetze

der Vorkriegszeit. Es erweist sich auch als nicht wünschenswert, für die überlange Frist von dreissig Jahren auf eine sehr wichtige Einnahmsquelle zu verzichten, wie es die Wohnbausteuer, eine rein Zwecksteuer, ist. Es wird daher vorgeschlagen, die Steuerbefreiung mit 20 Jahren zu bemessen. Bei dem Umstand, dass es sich hier um eine Befreiung von allen Realsteuern handelt ist auch dieses Ausmass als ein ausserordentlich weitgehendes zu bezeichnen. Eine Aenderung gegenüber dem abgelaufenen Gesetz besteht darin, dass jene Bauführungen, die von der Baubehörde nur auf Zeit oder gegen Widerruf bewilligt werden, nicht die Steuerbefreiung geniessen sollen. Vor vorneherein handelt es sich dabei nur um Bauvorhaben ganz geringen Umfanges, bei denen keine nennenswerten Kapitalien investiert und auch nur wenige Arbeitskräfte beschäftigt werden. Die klare Absicht der bisherigen Wiener Gesetze und auch der nun unterbreiteten Vorlage geht dahin, nur solche Bauführungen dauernder Natur von der Wohnbausteuer zu befreien, die ausschliesslich aus privaten Mitteln errichtet werden und in keiner wie immer gearteten Form eine Förderung aus öffentlichen Geldern erfahren. Eine ausdrückliche Ausnahme war bisher nur für die auf Grund der Heimbauhilfe der Gemeinde Wien errichteten Kleinwohnungshäuser gemacht worden. Um Zweifeln zu begegnen wird deutlich ausgesprochen, dass Bauführungen von Gebietskörperschaften und deren Unternehmungen, Betrieben und Betriebsverwaltungszweigen die Befreiung von der Wohnbausteuer nur insoweit und insolange geniessen sollen, als diese Baulichkeiten unmittelbar der eigenen Amts- oder Geschäftsführung dienen. Insoweit also Räumlichkeiten zur Vermietung oder insonst irgendeiner Art von Ueberlassung an Dritte gelangen, tritt keine Steuerbefreiung ein. Das Gesetz tritt rückwirkend vom 1. Jänner 1929 in Kraft. Ich bitte den hohen Landtag, die Vorlagen zu verabschieden, da ihr Hauptziel wieder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. (Beifall bei der Mehrheit).

Zum Lohnkonflikt in der Autoindustrie. Heute vormittag fand beim Bürgermeister eine Besprechung mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes, den Obmännern und Obmänner-Stellvertretern der Betriebsräte in der Autoindustrie statt. Die Erschienenen informierten den Bürgermeister über den Stand der Verhandlungen in den einzelnen Betrieben und nahmen seinen Bericht über die Besprechung mit dem Industriellenverband und mit den Direktoren der Autoindustrie entgegen. Nach längerer Debatte wurde der Vorschlag des Bürgermeisters nunmehr die Verhandlungen sofort in den einzelnen Betrieben aufzunehmen, angenommen, wobei allgemein die Meinung zum Ausdruck kam, dass auch die Arbeiter durchaus kein Interesse an einer Verzögerung haben, wenn <sup>sie</sup> auch darauf bestehen müssen, dass

man ihren berechtigten Lohnforderungen gerecht werde. Der Bürgermeister erklärte, er werde sich nun sofort an die einzelnen Direktoren wenden, damit sie mit den Betriebsräten zusammentreten.

-----

Abg. Kunschak begrüsst die Einbringung des Gesetzes, ebenso die Erklärung des Referenten, dass für jene Bauten, die auf Grund des staatlichen Wohnbauförderungsgesetzes errichtet werden sollen, ebenfalls vorgesorgt werden soll. Nicht befriedigend ist die Bestimmung, dass das Gesetz und damit die Steuerbefreiung nur zwanzig Jahre dauern soll, da ernstliche Gründe für eine so starke Reduktion der Steuerbefreiung nicht bestehen. Ich schlage als Mittelweg vor, an Stelle der zwanzigjährigen die 24 jährige Steuerbefreiung festzusetzen. Abg. Kunschak kommt sodann auf die Erklärung des Stadtrates Breitner zu sprechen dass die Gewährung von Krediten durch Sparkassen und ähnliche Institute nicht ein Grund für die Entziehung der Wohnbausteuerbefreiung sein solle und weist in diesem Zusammenhang auf eine von der Wiener Handelskammer geplante Aktion hin, Gewerbetreibenden, die bauliche Erweiterungen ihrer Betriebsanlagen vornehmen, die Möglichkeit zur Erlangung billigerer Baukredite zu bieten, für welchen Zweck von der Handelskammer ein Betrag von 400.000 Schilling bereitgestellt wird. Die Absicht der Handelskammer ist sowohl vom Standpunkt der Gewerbeförderung wie vom Standpunkt der Hebung der Produktionsfähigkeit des Gewerbestandes und der Förderung der Bautätigkeit ausserordentlich dankenswert. Der Plan der Handelskammer würde aber jeden Sinn verlieren, wenn in solchen Fällen die Wohnbausteuerbefreiung nicht gewährt würde, Wir glauben daher, dass auch für diese Aktion die heute abgegebene Erklärung des Referenten zu gelten hätte. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Abg. Millik beantragt die Steuerbefreiung auch für Einbauten in Dachgeschossen, welche Wohnungszwecken zugeführt werden, gelten zu lassen und eine dem entsprechende Bestimmung in den § 1, Absatz 1 des Gesetzes aufzunehmen. (Beifall bei der E.L.)

Abg. Ellend erinnert an seinen in der Budgetdebatte des Vorjahres eingebrachten Antrag auf rechtzeitige Verlängerung der Wohnbausteuerbefreiung. Die Ablehnung dieses Antrages hat zur Folge gehabt, dass eine Reihe von Bauten nicht aufgeführt werden konnte, bzw. die Bauführung eingestellt werden musste. Er weist sodann darauf hin, dass in anderen Bundesländern die Befreiung von allen Realsteuern beschlossen worden sei und ersucht den Referenten, eine Erklärung abzugeben, dass auch für alle Realsteuern in der Zukunft diese Befreiung zu gelten habe. (Beifall bei der E.L.)

Abg. Pfeiffer begrüsst ebenfalls die Einbringung der Vorlage, spricht aber sein Bedauern darüber aus, dass die Dauer der Steuerbefreiung gekürzt wurde. Dafür hat der Referent leider keine zureichende Begründung gegeben. Es ist auch nicht objektiv, dass im Motivenbericht nur diejenigen Bundesländer erwähnt werden, in denen die Steuerbefreiung eine geringere Dauer hat. Es gibt eine Reihe von Bundesländern, wie Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg wo die volle dreissigjährige Steuerbefreiung gilt. Für die 30 jährige Steuerbefreiung spricht vor allem der Umstand, dass dadurch ein grosser Anreiz für die Durchführung von Wohnhausbauten geschaffen wird. Der Redner schliesst sich dem Antrag des Abgeordneten Kunschak an. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Breitner hält der Kritik der Vorredner über eine zu geringe Dauer der Begünstigung entgegen, dass in der Vorkriegszeit, abgesehen von dem einzigen Fall des Arbeiter-Wohnbaugesetzes niemals 30 jährige Steuerbefreiungen festgesetzt wurden, dass die damaligen Befreiungen nie so absolute waren und dass auch die Zuschläge der Gemeinde Wien von diesen Befreiungen nicht berührt wurden. Stadtrat Breitner verweist sodann auf die Erklärung des Finanzministers im Wohnungsausschuss des Parlaments, dass die im staatlichen Wohnbauförderungsgesetz in Aussicht genommene 30 jährige Steuerbefreiung eine sehr weitgehende sei und dass er sich dem Gedanken einer Reduktion auf zwanzig Jahre nicht verschliesse. Gerade in einer so umstrittenen Frage, wie der der Wohnhausbauten, ist es nicht ratsam, eine Verwaltung auf eine so lange Frist ihrer Einnahmen zu berauben. Er könne daher dem Antrag Kunschak nicht zustimmen. Was die vom Abg. Kunschak erwähnte Aktion der Wiener Handelskammer betrifft, so beabsichtigt die Gemeindeverwaltung gewiss nicht, diese Aktion durch Verweigerung der Steuerbefreiung zu stören. Es muss aber ausdrücklich erwähnt werden, dass dies nur soweit gilt, als die eigenen Mittel der Wiener Handelskammer in Betracht kommen. Nicht aber, wenn eine öffentliche Verwaltung die Handelskammer als Durchführungsstelle für solche Aktionen benützen würde. Dem Antrag Millik ersucht Stadtrat Breitner nicht zuzustimmen, da die Fassung des Gesetzes mit Vorbedacht aus dem Reichsgesetz vom Jahre 1911 übernommen wurde und die dort enthaltene Definition sich in der Praxis wohl bewährt habe. Die vom Abg. Ellend gewünschte Erklärung könne der Referent nicht abgeben, da hinsichtlich der Befreiung von künftigen Realsteuern lediglich der Landtag kompetent sei. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Die Anträge Kunschak und Millik werden abgelehnt.

Schluss der Sitzung 17 Uhr 10 Minuten.

W i e n e r   G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 12. April 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr 20 die Sitzung. Er hält zunächst dem verstorbenen Gemeinderat Anton Meidl und dem verstorbenen Bezirksvorsteher Fran Schimon einen Nachruf, der vom Haus stehend angehört wurde. Es ist heute bereits im Landtag des schmerzlichen Verlustes gedacht worden, den der Wiener Landtag und Gemeinderat durch das Hinscheiden des Gemeinderates Meidl erlitten hat. Anton Meidl war zunächst in den Gemeinderatsausschüssen für Personalangelegenheiten und Wohlfahrtspflege tätig, in der gegenwärtigen Funktionsperiode war er Mitglied des technischen Ausschusses und zuletzt des Finanzausschusses. Ausserdem wirkte er in der Wiener Baustoffe A.G. und in der Kommission für die Kleinrentne Hilfe der Gemeinde Wien. In allen seinen Funktionen hat sich der Verblichene durch seine opferwillige Hingebung und sein liebenswürdiges Wesen unsere Achtung und Hochschätzung erworben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Gemeindeverwaltung hat noch einen zweiten Verlust zu beklagen. In der Nacht vom 27. auf den 28. März ist Bezirksvorsteher Schimon nach längerem Leiden verschieden. Im Jahre 1918 wurde Schimon in die provisorische Bezirksvertretung für den XIII. Bezirk entsendet und am 4. Mai 1919 ist er zum Bezirksvorsteher dieses Bezirkes gewählt worden. Er bekleidete diese Funktion bis zu seinem Tode. In den nahezu zehn Jahren seiner Amtstätigkeit hat er <sup>es</sup> durch seine entgegenkommende Art und seine strenge Unparteilichkeit verstanden, sich in hohem Masse das Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben. Auch diesem verstorbenen Funktionär der Gemeinde Wien werden wir ein treues Andenken bewahren.

Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen. Sie betreffen verschiedene Subventionen, über die schon wiederholt berichtet worden ist. Dann wird der Bau einer Wohnhausanlage in der Weissgärberlande und einer zweiten Wohnhausanlage in der Franklinstrasse ohne Debatte genehmigt. Ebenso die Errichtung von zwei Kinderfreibädern, Herderpark und Hofferplatz. Schliesslich werden der Neubau von Hauptunratskanälen und Abänderungen von Generalregulierungs- und Generalbaulinienpläne genehmigt.

St. R. Breitner berichtet dann über die dem Wiener Gemeinderat gemäss Paragraph 102 der Verfassung zur Kenntnis zu bringenden Zuschusskredite. Diese stammen aus den Jahren 1927, 1928 und 1929.

G. R. Angermayer (E. L.) beschäftigt sich ausführlich mit der Vorlage. Er erklärt, dass die Ueberschreitungen mit einer gewissen Absicht vorgenommen werden. Das sei am besten aus den Posten für Haus- und Grundankäufe zu ersehen.

Im Jahre 1923 wurden für den Ankauf von Häusern und Gründen 34.000 S budgetiert. Ausgegeben aber wurden 3:6 Millionen Schilling. 1924 waren dafür 312.000 S budgetiert, die Ausgaben betragen 9 Millionen Schilling. Die Budgetpost für 1925 betrug eine Million Schilling, die Ausgabe betrug 4:2 Millionen Schilling. 1926 waren für Haus- und Grundkäufe 2 Millionen Schilling budgetiert, ausgegeben aber wurden 6:4 Millionen Schilling. Für 1927 waren im Budget ebenfalls zwei Millionen Schilling eingesetzt, ausgegeben wurden 4:6 Millionen Schilling. 1928 war die Budgetpost vier Millionen Schilling, die Ausgaben aber nicht weniger als sieben Millionen Schilling. Für 1929 sind im Voranschlag für Haus- und Grundkäufe fünf Millionen Schilling eingesetzt. Was zeigt sich aber? Im ersten Vierteljahr des heurigen Jahres wurden schon nicht weniger als 7:1 Millionen Schilling für Haus- und Grundkäufe ausgegeben. Zusammengefasst waren in diesen sechs Jahren rund 14:3 Millionen Schilling budgetiert und in Wirklichkeit wurden für nicht weniger als 42 Millionen Schilling (Hört Hört-Rufe bei der Minderheit) Häuser und Gründe zusammengekauft. In diesen Ueberschreitungen liegt ein bestimmtes System, das darauf hinausgeht, die Gemeinde zum alleinigen Herrn von Grund und Boden zu machen. Da Sie bei diesen Käufen ja nur einen Bruchteil des wahren Wertes zahlen, stellen Sie sich in die Reihe der Wucher, die die Notlage eines Armen ausnützen. So lange Sie diesen Ueberschreitungen nicht Einhalt tun, werden Sie bei der Opposition immer die schärfste Kritik finden. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort entgegnet St. R. Breitner, dass von einer bestimmten Absicht bei Ueberschreitungen keine Rede sein kann. Es kann auch der Verwaltung nicht der Vorwurf einer unkorrekten Budgetierung gemacht werden. Als Beweis dafür diene der Voranschlag und der Rechnungsabschluss für das Jahr 1927. Die präliminierten Ausgaben für das Jahr 1927 betragen 481 Millionen Schilling. Laut Rechnungsabschluss wurden nun für 474 Millionen Schilling Ausgaben vollzogen. Diese Summe ist daher um eindreiviertel Prozent unter die präliminierten Ausgaben geblieben. Unrichtig ist, dass die Gemeinde bei Haus- und Grundkäufen Wucher treibt. Die Gemeinde zahlt die Marktpreise. (Beifall bei der Mehrheit).

Vorlage wird genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über die Eröffnung neuer Autobuslinien. Der Autobus wird von der Bevölkerung gut aufgenommen. Seit der Inbetriebsetzung ist eine stetige Steigerung der Frequenz zu beobachten. Insbesondere die Messwoche hatte eine sehr starke Frequenz, doch ist diese bereits auch schon überholt. An der Spitze des Kartenverkaufes steht die 30 Groschen-

Karte, darn folgt die 20 Groschenkarte und dann die 50 Groschenkarte. Der Zustrom zur Inneren Stadt ist sehr stark. Es hat sich auch als notwendig erwiesen die Linie Reumannplatz - Volkoper bis Gersthof zu erweitern.

G.R. Schelz (E.L.) bemängelt, dass die Eröffnung der Autosbuslinien, die bereits vor dem Wahlen im Jahre 1927 versprochen wurde, sich immer wieder verzögert hat. Erst jetzt werden fünf Linien eröffnet. Das zeigt, wie klein Ihre Arbeit im Verhältnis zu Ihren Versprechungen ist. Schon vor acht Wochen, als zwei Linien in Betrieb gesetzt wurden, habe ich gesagt, dass die Führung der Linie 7 bis zur Volkoper ungenügend ist; ein diesbezüglicher Antrag wurde aber abgelehnt. Jetzt sehen Sie selber ein, dass die gegenwärtige Linienführung unzugänglich ist und beantragen die Verlängerung bis Gersthof. Aber auch das ist noch nicht genügend, denn diese Linie müsste bis Pötzleinsdorf geführt werden. Manche Teilstrecken sind viel zu kurz. Für 575 Meter müssen 20 Groschen bezahlt werden, was viel zu teuer ist. Auch die Linienführung durch die Teinfaltstrasse - Tiefer Graben - Freyung muss als gefährlich bezeichnet werden, weil dort jetzt drei Autosbuslinien sich berühren. Zweckmässiger wäre die Führung der Linie 9 durch die Koppstrasse bis zum Ottakringer Friedhof. Schliesslich wird man auch dazu kommen müssen den Autobusbetrieb zeitlicher zu beginnen und später zu beenden. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Prinke (E.L.) beklagt die Verkehrsverhältnisse in Simmering. Dort gibt es nur eine Strassenbahnlinie, die ständig überfüllt ist. Es sollte deshalb die Autobuslinie Elterleinplatz nicht bei der Schlachthausgasse enden, sondern bis zur Endstation des F-Wagens geführt werden.

G.R. Marie Wielsch (E.L.) meint, dass auch die Strassen, auf denen die grossen und schweren Autobusse verkehren, ausgebessert werden sollen. Bei den neuen Autobussen machen sich die Auspuffgase derart unliebsam bemerkbar, dass die Fahrgäste oft aussteigen; insbesondere aber leiden die Motorführer darunter. Auch die Reinigung der Wagen lässt viel zu wünschen übrig.

G.R. Holoubek (E.L.) beantragt, dass die Autobuslinie Krottenbachstrasse bis zum Stadtbahnviadukt Nussdorferstrasse verlängert werden soll.

Vizebürgermeister Emmerling entgegnet, dass die Fertigstellung der Autobusse deswegen länger gedauert hat, weil eine so grosse Zahl von Wagen von der heimischen Industrie nicht sofort geliefert werden konnte. In der Inneren Stadt sind die Teilstrecken kleiner, dafür beträgt der Tarif aber nur zehn Groschen. Die Teilstrecken müssen so bemessen werden, dass ein Anschluss auf die Strassenbahn möglich ist. Vor der Eröffnung jeder Linie wurde sehr gründlich mit der Bezirksvertretung verhandelt und auch über Betriebsbeginn und Betriebs-

schluss wurden eingehende Erhebungen gepflogen. Es handelt sich hier um ein neues Verkehrsmittel, das von einem bestimmten Publikum benützt wird. Aus den Erfahrungen wird man die entsprechenden Schlüsse rechtzeitig ziehen. Es ist unmöglich, dass Auspuffgase Fahrgäste im Wageninneren belästigen. Es handelt sich hier um gewisse Bremswirkungen, die jetzt durch entsprechende Lüftungsanlagen beseitigt werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Die neuen Autobuslinien werden genehmigt; der Antrag Holoubek auf Weiterführung der Linie Krottenbachstrasse bis zum Stadtbahnviadukt Nussdorferstrasse wird der geschäftsmässigen Behandlung zugeführt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über die Anschaffung und Aufstellung von Maschinen und Kesselanlagen im Kraftwerk Simmering. Es wird ein Nachtragskredit von 570.000 S beansprucht. Der Gegenstand wurde, weil keine Zeit verloren werden sollte, im Stadtsenat verhandelt und wird nun gemäss § 99 dem Gemeinderat vorgelegt. Keinesfalls sollte durch diesen Vorgang die Kompetenz des Gemeinderates übergangen werden.

G.R. Zimmerl (E.L.) weist darauf hin, dass auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung Nachtrags- und Sachkredite im Betrage von 17 1/2 Millionen Schilling stehen, Ausgaben, die sämtlich auf Grund des § 99 vom Stadtsenat bereits beschlossen wurden und dem Gemeinderat nun nachträglich zur Genehmigung vorgelegt werden. Obwohl es sich in diesen Fällen durchaus nicht um so dringliche Angelegenheiten handelt, dass sie genau auf den Tag beschlossen werden mussten. Ausserdem **hat** gegen die Verfassung der zuständige Ausschuss diese Angelegenheit/nicht<sup>en</sup> vorberaten. Niemand hat die Mehrheit gehindert, dem Gemeinderat, der in diesen Angelegenheiten allein kompetent ist, rechtzeitig einzuberufen. Aber 170 Millionen sind offenbar eine Bagatelle, für die man den Gemeinderat nicht braucht. Die Mehrheit muss sich daher den Vorwurf gefallen lassen, dass<sup>Sie</sup> die Verfassung schamlos verletzt. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Auch die Art der Bedeckung "aus Betriebsmitteln in der Höhe der Wertabschreibungsrücklagen" ist unmöglich, unklar und nicht nach den Vorschriften der Verfassung. Man kann, da Betriebsmittel und Wertabschreibungsrücklagen zwei ganz verschiedene Dinge sind, nur entweder auf das eine oder auf das andere verweisen. Diese Art der Bedeckung wird deshalb gewählt, um im Laufe des Jahres mit den Unternehmungen operieren zu können wie man will. Die Dollaranleihe wurde seinerzeit aufgenommen, um die Investitionen daraus zu bestreiten und die Betriebsmittel der Unternehmungen zu entlasten. Man nimmt aber, um die Gewinne zu verschleiern die Investitionen aus den Betriebsmitteln, was ganz unzulässig ist. Da werden zum Beispiel zwei Posten die

miteinander gar nichts zu tun haben, der Ausbau des Leitungsnetzes der Elektrizitätswerke und der Ausbau der öffentlichen Beleuchtung zusammengezogen und für die Bedeckung die Dolleranleihe, ein unbekannter Betrag den die Stromabnehmer zu bezahlen haben, ferner die Betriebsmittel und die Wertabschreibungsrücklagen herangezogen, das heisst die Bevölkerung weiss von der Bedeckung überhaupt nichts. In Wirklichkeit bedeutet das, dass Sie eine Generalvollmacht für alles wollen, eine Anweisung auf das Salzamt (Heiterkeit bei der E.L.) Wie sind für alle vorgeschlagenen Investitionen, erheben aber gegen die Art, wie Sie Beschlüsse fassen und gegen die Art der Bedeckung energisch Protest. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

Vizebürgermeister Emmerling stellt gegenüber dem Voredner fest, dass nach § 99 der Stadtsenat nicht nur berechtigt sei in dringenden Fällen die in den Wirkungskreis des Gemeinderates fallen, nach Vorberatung im zuständigen Ausschuss Verfügungen zu treffen, sondern auch in Angelegenheiten die in den Wirkungskreis des Ausschusses selbst fallen. Nun ist es richtig, dass es sich, soweit Nachtragskredite in Betracht kommen, um keine dringlichen Angelegenheiten gehandelt hat, diese Angelegenheiten wurden aber im Stadtsenat deshalb erledigt, weil wir ihre Erledigung nicht noch länger hinausziehen wollten. Bei drei Geschäftsstücken hatte die <sup>rasche</sup> Erledigung durch den Stadtsenat den Vorteil, dass mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte namhafte Preiserhöhung des Kupfers Beträge von 250.000 und von 80.000  $\text{S}$  erspart werden konnten. Was die Art der Bedeckung betrifft, so ist diese Art im Einvernehmen mit dem Kontrollamt und einmal sogar über Wunsch der Minderheit gewählt worden. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

G.R. Zimmerl stellt in einer tatsächlichen Berichtigung fest, dass der Stadtsenat den Ausschuss, soweit er Gegenstände/die in die Kompetenz des Gemeinderates fallen, <sup>en</sup> nicht ersetzen kann.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert auf die tatsächliche Berichtigung des G.R. Zimmerl, dass der Stadtsenat nach § 99 der Verfassung auch in Angelegenheiten die in den Wirkungskreis des Ausschusses fallen gegen nachträgliche Beschlussfassung im Ausschuss Verfügungen treffen kann und dass nach den Bestimmungen der Verfassung auch die Vorberatung der in den Wirkungskreis des Gemeinderates fallenden Angelegenheiten ausdrücklich zur Kompetenz des Ausschusses gehört.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Ohne Wortmeldung wird ein Sachkredit von 450.000 Schilling für die Ergänzung des Ueberstromschutzes in den bestehenden Hochspannungsanlagen der Elektrizitätswerke genehmigt. Weiters die Aufstellung von Quecksilberdampfgleichrichtern für die Unterwerke der Elektrizitätswerke und schliesslich die Beschaffung neuer, starker Motoren und Fahrschalter für Strassenbahnwagen.

G.R. Michal berichtet über den Ausbau des Leitungsnetzes der Elektrizitätswerke und der öffentlichen Beleuchtung im laufenden Jahr. Dafür ist ein Sachkredit von neun Millionen Schilling erforderlich.

G.R. Scholz (E.L.) tadelt, dass Jahre hindurch am Kabelnetz keine Herstellungen vorgenommen wurden. Ein Austausch oder Ausbau des Kabelnetzes wäre schon vor langer Zeit notwendig gewesen.

G.R. Wagner (E.L.) tritt der Auslegung der Bestimmung des § 99 des Verfassungsgesetzes durch Vizobürgermeister Emmerling mit der Erklärung entgegen, dass eine solche Auslegung der Verfassung widerspreche.

Nach der Feststellung des Referenten, wonach die Kabelerneuerung erst durch die starke Zunahme der Stromabnehmer erforderlich geworden ist, wird die Vorlage angenommen.

St.R. Speiser berichtet über die Abänderung des mit dem Vorbande der Kanalräumer Oesterreichs abgeschlossenen Arbeitsvertrages für die Kanalräumer. Ab 28. März 1929 betragen die Wochenlöhne für den unteren Kanalräumer 68'08 S für den oberen Kanalräumer 57'88 S. Die Verwendungszulage beträgt gegenüber 80 Groschen früher jetzt 1'20 S. Die Weihnachtsremuneration ist mit zwei Wochenlöhnen festgesetzt.

G.R. Gschladt (E.L.) beschäftigt sich ausführlich mit der Vorlage. Er erklärt, dass die Erhöhung der Löhne keine besonders wesentliche ist. Viele Bestimmungen des Vertrages wären noch verbesserungsbedürftig. Er wünscht Aufklärung, ob die Gerüchte wahr seien, dass die Gemeindeverwaltung die Auflösung des Arbeitsnachweises der Stadt Wien plane.

In seinem Schlusswort erwidert St.R. Speiser, dass ihm von einer Auflösung des Arbeitsvermittlungsamtes nichts bekannt sei.

Die Vorlage wird angenommen.

G.R. Fischer berichtet über die Aufstellung von zwei Hochleistungskesseln einschliesslich Rohrleitungen und Speisepumpenanlage sowie Errichtung eines neuen Schornsteines im Kraftwerk Engerthstrasse und ersucht um Genehmigung eines Sachkredites von 2'5 Millionen Schilling.

G.R. Körber (E.L.) bemerkt, seine Partei habe nichts gegen Verbesserungen und Erweiterungen der städtischen Unternehmungen einzuwenden. Hier handelt es sich aber um eine Vergrösserung des Elektrizitätswerkes in der Engerthstrasse

die durchgeführt werden soll, unbekümmert um die Qualen, die durch die Rauch- und Staubeentwicklung für die Bevölkerung entstehen. Man hätte das Werk an der Peripherie der Stadt errichten müssen. (Beifall bei der E.L.)

G.R. Fischer bemerkt dazu, daß Vorkehrungen getroffen werden sollen, um die Rauchentwicklung möglichst einzuschränken, (Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

G.R. Hiess berichtet über eine Subvention von 2500 S an den Verein "Hauskrankenpflege".

G.R. Stöger bemerkt, dass die häusliche Krankenpflege sehr im Argen liege, weshalb die Gemeinde alles zu ihrer Förderung tun sollte. Verbitternd wirkt die ungleiche Behandlung des Vereines "Distriktkrankenpflege", der 10.000 S erhält und des Vereines "Hauskrankenpflege" der nur 2500 S erhält, obwohl das umgekehrte Verhältnis am Platze wäre. G.R. Stöger schildert sodann ausführlich das Wirken des Vereines Hauskrankenpflege durch das der Gemeinde Unsummen Geldes erspart werden. In den letzten zwei Jahren wurden von dem Verein 14.000 Pfründner und Pensionisten, 13.000 Industriearbeiter, 10.000 Gewerbetreibende, 9.000 Handelsangestellte, 7.000 geistige Arbeiter und 7.000 Landwirte und bäuerliche Bedienstete gepflegt. Der Verein schränkt seine Tätigkeit nicht auf Angehörige einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Partei ein. Im Namen der Ärmsten der Armen richtet er an den Gemeinderat die Bitte die Subvention mit 5.000 S festzusetzen (Lobhafter Beifall bei der E.L.).

G.R. Hiess verweist darauf, dass der Verein Distriktkrankenpflege seine Tätigkeit ausschliesslich in Wien entfaltet, während er Verein Hauskrankenpflege hauptsächlich in der Provinz tätig ist. Ausserdem bekommt der Verein Hauskrankenpflege, dessen segensreiche Tätigkeit nicht bestritten werden soll, von anderen öffentlichen Körperschaften und sonstigen Stellen namhafte Subventionen und Spenden und hat auch sonst Einnahmen, sodass er für das Jahr 1927 ein Vermögen von fast 30.000 S ausweisen konnte, während der Verein Distriktkrankenpflege nur von der Gemeinde subventioniert wird. Nichts destoweniger beantrage er den Antrag des G.R. Stöger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

St.R. Weber berichtet über die Ausführung einer Wohnhausanlage in Favoriter Schrenkerberggasse. Die Kosten betragen 190.000 S.

St.R. Rummelhardt (E.L.) bemängelt, dass die Anstellung des Sachverständigen für das Heiligenstädter Gutachten Professor Ingenieur Saliger mit einem Monatsbezug von 2.400 S nur den Personalausschuss beschäftigt hat, obwohl nach

der Verfassung eine solche Anstellung, wenn sie mit mehr als 15.000 S Jahresausgaben verbunden ist, in den Stadtsenat und Gemeinderat kommen muss. Seit drei Monaten waren wir auf die verfassungsmässige Behandlung dieser Angelegenheit. Als Laie will ich mich über das Gutachten über die Heiligenstädter Fundierungen nicht äussern, aber wenn ich Saliger gewesen wäre, ich hätte diese Stelle deswegen nicht angenommen, weil ich einige Wochen vorher dieses Gutachten abgegeben habe. Das ist eben Geschmacksache. Wir verlangen, dass diese Anstellung in den Gemeinderat kommt, sonst kann man hier von einer Selbstherrlichkeit sprechen, vor der wir warnen, weil neben ihr allzusehr die Korruption steht.

St. R. Weber erwidert, dass die Bestellung Saliger's bei der Durchführung des grossen Wohnbauprogrammes sich ausserordentlich bewährt hat. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Vergeudung von Gemeindevermögen, sondern im Gegenteil um die Vorkehrung, die Gemeinde vor Schaden zu bewahren. Auch die frühere Verwaltung hat beispielsweise bei der Erbauung des Gas- und des Elektrizitätswerkes solche Sachverständige bestellt. Was die Behandlung der Anstellung in den städtischen Körperschaften anlangt, so wird selbstverständlich gemäss der Verfassung vorgegangen werden. Die Vorlage wird genehmigt.

St. R. Weber berichtet über den Bau eines Wohnhauses in Favoriten Puchbaumgasse. Die voraussichtlichen Kosten dürften 380.000 S betragen.

G. R. Millik (E. L.) wünscht Aufklärung über die angekündigte Untersuchung der "Kalktreiber" bei vielen städtischen Wohnhausbauten, sowie über die Einstellung der Verwendung der weissen Sandsteinziegel. Es ist erfreulich, dass die Kritik der Minderheit auch dazu geführt hat, dass nun erprobte Fundierungen durchgeführt werden. Auf die städtischen Kontrahenten wird von Funktionären der Organisation sozialdemokratischer Gewerbetreibender ein starker Druck ausgeübt. In Versammlungen wird immer wieder behauptet, dass sie nur dann städtische Lieferungen erhalten, wenn sie sozialdemokratisch organisiert sind.

St. R. Weber entgegnet, dass die weissen Sandsteinziegel keineswegs schlecht sind. Sie werden nur deswegen nicht verwendet, weil die Steinag ihren Betrieb umgestellt hat und solche Steine nicht mehr erzeugt. Bezüglich der Kalktreiber wurden vom Gericht Sachverständige bestellt. Die Gutachten sind fertig, die ganze Angelegenheit ist abgeschlossen. Die Unternehmer müssten der Gemeinde den ganzen Schaden ersetzen und ausserdem eine Haftsumme erlegen. Von einem Druck auf Gewerbetreibende ist nichts bekannt, wohl aber ist Tatsache, dass früher nur christlichsoziale Gewerbetreibende städtische Lieferungen bekommen haben. (Starker Beifall bei der Mehrheit.) St. R. Kunschak: Sie können das aus eigener Anschauung nicht wissen und wer Sie informiert hat, hat Sie belogen!

Die Vorlage wird genehmigt.

St.R. Richter berichtet über den Bau von zwei Kinderfreibädern in den städtischen Gartenanlagen in Simmering (Herderpark) und Ottakring (Hofferplatz). Die Kosten der beiden Bäder betragen 220.000 S.

G.R. Marie Schlösinger (E.L.) bezeichnet die Errichtung des Kinderfreibades auf dem Hofferplatz als eine unglückliche Idee. Es besteht dort gar kein Bedürfnis für eine solche Anlage. Der Bezirk hat schon zwei Kinderfreibäder und unweit vom Hofferplatz befindet sich eine Anlage auf dem Vogelweidplatz. Der vorgeschlagene Platz entspricht nicht einmal den primitivsten Anforderungen. Staubwolken fliegen nur so herum. Die Hofferschule wird durch den Lärm stark in Mitleidenschaft gezogen. Ich beantrage getrennte Abstimmung über die beiden Bäder und Rückverweidung der Vorlage Hofferplatz an den Stadtsenat.

St.R. Richter erklärt, dass es sehr bedauerlich ist, dass durch die zügellose Bauspekulation der früheren Zeit in dichtverbauten Bezirksteilen jetzt nicht einmal ein kleines Plätzchen für den Bau eines solchen Bades gefunden werden kann. Immerhin ist ein Kinderfreibad auf dem Hofferplatz noch besser, als der gegenwärtige staubige Spielplatz. Der Antrag Schlösinger wird abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

G.R. Beisser legt dem Gemeinderat die Resolution betreffend die beschleunigte Durchführung der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg zur Beschlussfassung vor.

G.R. Kunschak (E.L.) erklärt, dass seine Partei dieser Resolution ihre Zustimmung gibt. Die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Wien-Salzburg ist in erster Linie ein technischer und finanzielles Problem. Schon in der Vorkriegszeit war man bemüht, die Heizhäuser des Westbahnhofes von Wien wegzuverlegen. Die Durchführung dieser Pläne hat jedoch der Krieg verhindert. Der Westbahnhof ist eine schwere Plage und Behinderung für einen modernen Ausbau des Bahnhofes überhaupt. Für seine Fraktion gibt G.R. Dr. Wagner die Erklärung ab, dass die Resolution ebenfalls ihre Zustimmung findet. Sobald Mittel für den Ausbau der Bundesbahnen zur Verfügung stehen, müssen sie in erster Linie für die Elektrifizierung verwendet werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

G.R. Bermann berichtet über den Generalregulierungs- und Generalbaulinien-Plan für das von der Grünbergstrasse, der Tivoligasse, der Schwenkgasse, der Hohenbergstrasse umschlossene Gebiet des 12. Bezirkes. - G.R. Müller erklärt dem Plane nur dann zustimmen zu können, wenn der Magistrat seine Zustimmung gibt, dass von der Hohenbergstrasse neben den zur Verbauung gelangenden Flächen in die Tivolistrasse eine Privatgasse errichtet werden darf. - G.R. Bermann sagt zu, dass er diesen Wunsch dem Magistrat vorlegen werde. - Der Referentenantrag wird angenommen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 30.

Wien, am Samstag, den 13. April 1929

-----  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsonat zusammen. Der Gemeinderat wurde nicht einberufen.

-----  
Die Coloniakübel rein halten! Schon seit vergangener Sommer wird vielfach beobachtet, dass von der Bevölkerung in die in den Häusern aufgestellten, für die Abfuhr des Hauskohrichtes bestimmten Coloniakübel Dinge eingeleert werden, die nicht zum Hauskohricht gehören. So werden vielfach verendete Haustiere, verfaultes Fleisch, in Gährung übergegangene Speisreste und so weiter in die Kübel eingeleert. Dadurch werden selbstverständlich die Fliegen angezogen, was wieder zu einer unangenehmen Vermehrung der Fliegen führt. Auch der alte Mistbauer hat eckelerregende, beziehungsweise in Verwesung übergegangene Abfälle und Kataver nicht aufgenommen. Solche Abfälle mussten vielmehr dem Wasenmeister übergeben werden. Das hat natürlich auch heute zu geschehen, da die Hauskohrichtgefässe nicht dazu eingeführt wurden, damit sich ein Haushalt solcher Dinge auf angenehme, bequeme Art entledigt. Es wird daher im allgemeinen Interesse an die Bevölkerung die dringende Aufforderung gerichtet, in die Kohrichtgefässe nur den Hauskohricht und ähnliche Abfälle einzuleeren. Leicht in Verwesung übergehende oder schon übergegangene Stoffe dürfen unter keinen Umständen in die Coloniakübel geleert werden.

-----  
Spenden. Die Firma Gebrüder Gutmann hat anlässlich der Kältkatastrophe 50.000 Kilogramm Kohle für Arme der Gemeinde Wien gespendet. Für das Uhrenmuseum der Stadt Wien hat Oberst Ferdinand Pomme (Salzburg) eine goldene Zylinderuhr gespendet. Schliesslich spendete die Firma Rosenfeld und Co., I., Rathausstrasse 20, anlässlich des Ablebens ihres Gesellschafters Robert Rosenfeld für die Armen Wiens tausend Schilling. Der Bürgermeister hat gestern in der Sitzung des Wiener Gemeinderates den Spendern den Dank ausgesprochen.

-----  
Neue Wiener Strassennamen. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat kürzlich wieder einige bisher noch unbenannte Strassen benannt. So erhält die von der Wienerbergstrasse zur Triesterstrasse führende Gasse den Namen "Eschenallee". Die die Wienerbergstrasse mit der verlängerten Untermeidlingerstrasse verbindende Quergasse wurde "Rotdornallee" benannt. Schliesslich wird im Gebiete der neuen städtischen Wohnhausanlage "Am Wienerberg" die bestehende Äylgasse in "Kastanienallee" umbenannt.

-----

Hauptversammlung des Verbandes für Wohnungsreform. Morgen Sonntag hält der Oesterreichische Verband für Wohnungsreform im grossen Saal der Handels- und Gewerbekammer seine gründende Hauptversammlung ab. Die Beschickung der Tagung durch die gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaften, sowie öffentlichen und privaten Körperschaften, die an der Wohnungsfrage interessiert sind, wird sehr stark sein. Amtsführender Stadtrat Weber wird den Bericht über die Arbeiten des vorbereitenden Komitees erstatten. Hofrat Benczak vom Zentralverband der gemeinnützigen Faugenossenschaften Oesterreichs wird die Satzungen des neuen Verbandes der Tagung unterbreiten. Schliesslich werden die Wahlen des Vorstandes vorgenommen; es besteht die Absicht, den früheren Präsidenten des Wiener Oberlandesgerichtes Hofrat Dr. Ludwig Altmann zum Präsidenten der Vereinigung zu wählen.

-----  
Starke Zunahme der Einäscherungen. Die Einäscherungen im Krematorium der Stadt Wien in den Märzmonaten nehmen von Jahr zu Jahr bedeutend zu. Während 1923 im März erst 62 Einäscherungen vorgenommen worden sind, wurden im abgelaufenen März nicht weniger als 329 Leichen eingeäschert. Von diesen waren 203 männlichen und 126 weiblichen Geschlechtes. 196 haben der römisch katholischen Religion angehört, 5 der altkatholischen, 41 der evangelischen und 1 der griechisch orthodoxen, 23 waren Juden und 63 konfessionslos. Von den Leichen wurden in der Zeremonienhalle des Krematoriums 102 eingeseget. 43 Leichen wurden zur Einäscherung von auswärts nach Wien gebracht.

-----  
453.954 Gaskonsumenten in Wien. Die starke Zunahme der Gasabnehmer in Wien hält ununterbrochen an. Während die städtischen Gaswerke am 31. Dezember 1913 211.815 Gasabnehmer zählten, bezogen am 31. März dieses Jahres nicht weniger als 453.954 Konsumenten Gas von den städtischen Gaswerken. Diese haben auch im März wieder zahlreiche Teilzahlungsanlagen eingerichtet. Der Verkauf von Gasgeräten war auch im März ein anhaltend reger.

-----  
Neue Kurse an der städtischen Frauengewerbeschule. An der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, sind noch einige Plätze infolgender Abend- und Nachmittagskursen frei: Kleidermachen, Schnittzeichnen für Schneiderinnen, Weissnähen und Fräsieren. Einschreibung und Einzahlung täglich von 8 bis 14 Uhr in der Schulkanzlei. Die Frauengewerbeschule der Stadt Wien macht darauf aufmerksam, dass schon jetzt die Einschreibungen für das neue Schuljahr für Weissnähen und Kleidermachen vorgenommen werden.

-----  
Bezirksvertretung Simmering. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Simmering findet am Donnerstag, den 18. April, um 17'30 Uhr statt.

-----  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Dr. Jungbauer über: "Der Wirtschaftsaufstieg der Menschheit".

Skelettfund Am Wienerberg. Am Mittwoch dieser Woche wurde auf der Nordflanke des Wienerberges in Favoriten nächst der Kreuzung der Gussriegelstrasse mit der Inzersdorferstrasse beim Erdaushub für einen Lichtmast das Skelett einer vermutlich weiblichen Leiche gefunden. Es lag gegen anderthalb Meter tief mit dem Kopf nach Westen und hatte auf der Brust als einzige Grabbeigabe einen Spinnwirbel aus rotem Ton in Form einer kreisrunden Scheibe von anderthalb Zentimeter Stärke und viereinhalb Zentimeter Durchmesser. Diese Beigabe verweist das Grab in die römische Zeit etwa des ersten Jahrhunderts nach Christi; der Leichenbestattende Ritus jedoch deutet auf eine Angehörige keltischen Stammes. Auf der sonnigen Südseite des Wienerberges wurden schon in grösserer Zahl Brand- und Skelettgräber des ersten bis vierten nachchristlichen Jahrhunderts aufgedeckt. Jetzt hat allerdings der maschinelle Betrieb des Wienerberger Ziegelwerkes die wissenschaftliche Forschung seit Jahren schon stillgelegt. Ueber den Wienerberg an der Spännerin am Kreuz vorbei ging in römischer Zeit die wichtige Südverbindung nach Italien, so dass das dortige Fundgebiet direkt an einer verkehrsreichen Strasse lag. Um so wichtiger erscheint es daher, in Zukunft historische Funde aus diesem Gebiet, wo schon im Jahre 1914 drei Skelettgräber, allerdings ohne Beigaben aufgedeckt worden sind, sofort der Direktion der Städtischen Sammlungen, I., Rathaus, Fernsprecher A 23-5-00 oder A 28-5-00 oder direkt dem Römischen Museum der Stadt Wien, IV., Rainergasse 13, Fernsprecher U 42-2-49 anzuzeigen, damit schon die Ausgrabung selbst wissenschaftlich geleitet und unsachliche Bergung ausgeschlossen werden kann, die den jetzigen Fund arg mitgenommen und nur unvollständig übermittelt hat.

-----

143 Gäste in der Schülerherberge. Diese Woche beherbergte die städtische Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse 143 Gäste. Es sind dies Handelsakademiker aus Posen, Lyceisten aus Krzemieniekie, Hörerinnen der Grazer Lehrerinnenbildungsanstalt, Hörer des Bukarester Volkshochschule, Zöglinge des psychologischen Seminars in Agram und schliesslich Fortbildungsschüler des Baugewerbes aus dem Burgenland. Die Gäste der städtischen Schülerherberge haben durchwegs Studienreisen nach Wien unternommen, um die hiesigen Verhältnisse kennen zu lernen. Sie wurden alle in der Schülerherberge bequartiert und verköstigt.

-----

Umsteigverkehr zwischen Strassenbahn, Stadtbahn und Autobus. Der bisherige Umsteigverkehr zwischen Strassenbahn, Stadtbahn und Autobus erfährt von übermorgen Montag an eine wesentliche Erweiterung. Diese besteht darin, dass von Montag an das Umsteigen auf den Autobus auch von der Strassenbahn oder Stadtbahn mit einem Fünfzigroschenfahrchein gestattet ist. Die Fahrt muss jedoch auf den Autobus beendet werden. Die Autobusfahrcheine sind bei allen Vorverkaufsstellen der Strassenbahn, auch einzeln, erhältlich. Sie werden auch bei den Stadtbahnkassen ausgegeben, sind jedoch für eine später geplante Fahrt unmarkiert zu verlangen. Die Autobusschaffner geben ebenfalls die Fahrcheine im Vorverkauf ab.

Wien, am Montag, den 15. April 1929

.....

Die neue Bauordnung. Wie schon berichtet, hat der Wiener Landtag in seiner letzten Sitzung die Wahl einer Kommission von 12 Mitgliedern zur Vorbera- tung der neuen Bauordnung vorgenommen. In diese Kommission wurden die Land- tagsabgeordneten Bermann, Bock, Böhm, Dr. Danneberg, Hellmann, Linder, Reismann, Schleifer, Biber, Dr. Kolassa, Millik und Dr. Wagner entsendet. Die Kommission hielt heute unter dem Vorsitz des Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danne- berg ihre konstituierende Sitzung ab. Zu Vorsitzenden der Kommission wurden die Abgeordneten Präsident Dr. Danneberg, Bermann und Biber gewählt. In Vertretung des Bürgermeisters nimmt an den Beratungen amtsführender Stadtrat Weber teil. Die Kommission beschloss, vor Eingehen in die meritorischen Beratungen eine Enquete abzuhalten. Diese wird am 16. Mai um halb zehn Uhr vormittags statt- finden.

.....

Schutz für die heimischen Singvögel. In der letzten Sitzung des Wiener Landta- ges haben die Abgeordneten Dr. Wagner und Pfeiffer einen Antrag eingebracht, der die Abänderung des Vogelschutzgesetzes für Wien verlangt. In der Begrün- dung des Antrages wird ausgeführt, dass infolge der überhandnehmenden Vogel- stellerei unsere heimischen Singvögel immer seltener werden. Es wird ein sel- cher organisierter Massenfang von Singvögel betrieben, dass dieser Zustand, wenn nicht sehr bald von seiten der Behörden energisch eingeschritten wird, einer Vernichtung unserer Vogelwelt gleichkommt. Das Vogelschutzgesetz für Wien wäre ansich zufriedenstellend, wenn es nicht die Bestimmung enthielte, dass ausnahmsweise auch das Fangen geschützter Vögel während einer bestimmten Zeit, sowie das Halten und Feilbieten dieser Vögel während des ganzen Jahres ge- stattet werden kann. Diese Bestimmung öffnet dem wilden Vogelfang Tür und Tor. Die Behörden erteilen zwar selten Fangbewilligungen, sie geben jedoch die Erlaubnis, mit geschützten Vögeln während des ganzen Jahres Handel zu treiben. Die Wiener Landesregierung soll daher dem Landtag einen Gesetzentwurf vorle- gen, nach dem die oben zitierte Bestimmung zum Schutze der heimischen Sing- vögel und im Interesse der Landwirtschaf aus dem Vogelschutzgesetz für Wien mit sofortiger Wirksamkeit entfernt und überdies die Strafbestimmungen we- sentlich verschärft werden sollen. Der Antrag wurde der geschäftsordnungs- mässigen Behandlung zugewiesen.

.....

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....

-----

Grosswasserkraftanlage an der Donau bei Korneuburg. Das Donausyndikat, dem die niederösterreichische Eskomptegesellschaft, die Allgemeine Oesterreichische Bodenkreditanstalt und die American European Utilities Corporation angehört, hat beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ein Projekt zur Ausnützung der Wasserkraft der Donau eingereicht und um Genehmigung desselben ersucht. Die vorgesehenen Anlagen sollen auf der Strecke zwischen Korneuburg und Schönau errichtet werden und sich sonach über niederösterreichisches und Wienergebiet erstrecken. Sie sollen im wesentlichen aus einem offenen Einlauf ohne Wehranlage beim Stromkilometer 1942.069 am linken Donauufer nächst Korneuburg, einem Einlaufbecken, einer Einlaufschleussenanlage, einem Oberwasserkanal, zwei Kraftwerken (Floridsdorf und Schönau) und einem Verbindungskanal, einem grossen Speicherbecken und aus einem Unterwassergraben bestehen, der das Betriebswasser nach Passieren des zweiten Kraftwerkes in Schönau wieder in das Wildbett der Donau beim Stromkilometer 1906.900 ausleitet. Es ist beabsichtigt, eine Betriebswassermenge von 360 Kubikmeter pro Sekunde aus dem Donaustrom zu entnehmen, wodurch die Ausnützung des Speicherbeckens und durch eine entsprechende Anordnung der maschinellen und elektrischen Ausrüstung der zwei vorgesehenen Krafthäuser die Spitzenleistungen der Anlage bis auf 130.000 Pferdekräfte gebracht werden sollen. Ausserdem sind im Entwurfe verschiedene Massnahmen vorgesehen, die einen verbesserten Hochwasserschutz in Verbindung mit der Kraftanlage ergeben sollen. Zur Feststellung der durch dieses Projekt berührten Interessen und Rechte führt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vom 22. April bis 8. Mai eine informative Verhandlung durch. Das Projekt samt allen Behelfen liegt bis 20. April beim magistratischen Bezirksamt Floridsdorf, sowie bei den Bezirkshauptmannschaften Korneuburg und Floridsdorf-Umgebung während der für den Parteienverkehr bestimmten Dienststunden zur Einsicht der Beteiligten auf.

-----

Neue Wiener Strassennamen Im Gebiete der neuen städtischen Wohnhausanlage Am Wienerberg waren bis jetzt noch einige unbenannte Verkehrsflächen. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nun kürzlich die Benennung dieser Verkehrsflächen beschlossen. Sie werden "Birkenhof", "Fliederhof", "Ahornhof", "Ulmenhof" und "Akazienhof" heissen.

-----

Wien, am Dienstag, den 16. April 1929

.....  
Ein neuer Leiter für das magistratische Bezirksamt Landstrasse. An Stelle des kürzlich pensionierten Obermagistratsrates Gold hat der Stadtsenat heute den Magistratsrat Dr. Robert Reineck mit der Leitung des Magistratischen Bezirksamtes Landstrasse betraut. Magistratsrat Dr. Reineck ist seit 1904 im städtischen Dienst und hat seine ganze Dienstzeit bei magistratischen Bezirksämtern zugebracht. Er führte auch vertretungsweise die Leitungsgeschäfte des Bezirksamtes Landstrasse.

.....  
Das städtische Uhrenmuseum. Das in der Inneren Stadt, Schulhof 2, untergebrachte Uhrenmuseum der Stadt Wien wurde im Jahre 1928 von 2491 Personen besucht. Die Gemeinde hat durch einige interessante Ankäufe auch im verflossenen Jahr das Museum bereichert. Es wurde um 20.000 Schilling eine astronomische Kunstuhr angekauft, holländische und japanische Uhren, eine Taschenuhr aus Bein, eine Wiener Standuhr mit eigentümlichem Schlagwerk, eine elektrische Ato-Uhr, eine Standuhr mit Aequation, eine Taschenuhr mit Repetition von Bushman, eine astronomische Kunstuhr von Cajetanc, eine Pendeluhr mit Aussenaufzug und so weiter angeschafft. Sehr wertvolle private Geschenke vergrößerten ebenfalls die Bestände des Uhrenmuseums. Aus dem Bürgerversorgungshaus sind die beiden Uhren im städtischen Uhrenmuseum ausgestellt. Es wurde am 30. Mai 1921 eröffnet und trotz der sehr beschränkten Raumverhältnisse bis Ende 1928 von 19.631 Personen besucht. In dieser Zeit wurden 1804 kostenlose Führungsvorträge abgehalten.

.....  
Für drei Millionen Schilling neue Gemeindebestellungen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat kürzlich wieder eine Reihe grösserer Gemeindeaufträge vergeben, die insbesondere mit der Fertigstellung bereits im Bau befindlicher Gemeindefohnbauten sowie mit Neubauten überhaupt zusammenhängen. Die Aufträge machen rund drei Millionen Schilling aus. So wurden Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für über eine Million Schilling vergeben. Die Arbeitsaufträge an Anstreicher und Maler machen gegen 350.000 Schilling aus. Das Zimmermann- und Bautischlergewerbe haben Bestellungen im Umfang von rund 300.000 Schilling erhalten. Für etwa 250.000 Schilling wurden Elektro-, Gas-, Wasser- und Abortinstallationen vergeben. Ausser anderen verschiedenen kleineren Arbeiten wurden noch für rund 200.000 Schilling Spangler-, Dachdecker-, Glaser- und Schlosserarbeiten in Auftrag gegeben.

.....

Wien, am Dienstag, den 16. April 1929      Zweite Ausgabe

.....  
Gemeinsame Leitung der städtischen Licht- und Kraftwerke. Vor kurzem ist der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Eugen Karel aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten. Es war nunmehr zu entscheiden, ob der bisherige Zustand der gänzlichen Trennung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke weiter aufrecht erhalten werden, oder eine andere Organisation Platz greifen soll. Mit Rücksicht darauf, dass zwischen beiden Werken, insbesondere in kaufmännischer Beziehung, sehr viele Berührungspunkte bestehen, hat der Stadtsenat in seiner heutigen Sitzung auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Speiser den Direktor der städtischen Gaswerke Ingenieur Franz Menzel mit der gemeinsamen Leitung der beiden Betriebe betraut. Die grosse Wertschätzung, deren sich Direktor Menzel erfreut, kam auch in der einstimmigen Annahme des Antrages zum Ausdruck.

.....  
Die Kunstpreise der Stadt Wien. Die Zuerkennung der von der Gemeinde Wien gewidmeten Kunstpreise für hervorragende Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst erfolgt nach den hiefür geltenden Bestimmungen durch den Stadtsenat auf Grund der Vorschläge eines Preisrichterkollegiums, für das der Bürgermeister aus jedem Kunstgebiet drei Mitglieder ernennt. In dieses Preisrichterkollegium wurden nun berufen für die Werke der Dichtkunst Felix Salten, Dr. Hugo Hofmannsthal und Universitätsprofessor Dr. Eduard Castle, für Musik Professor Dr. Josef Marx, Dr. Max Graf und Alban Berg und schliesslich für die bildende Kunst akademischer Maler Professor Hans Larwin, akademischer Bildhauer Professor Otto Hofner und Architekt Hubert Gossner.

.....  
Goldene Hochzeiter. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Linder den Ehepaaren Anton und Josefa Mommel und Josef und Anna Tinz anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....  
Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 23. April, um 16 Uhr 30 im Sitzungssaal des Gemeindehauses Wieden statt.

.....

Wien, am Mittwoch, den 17. April 1929

.....

Ehrung verdienter Feuerwehrmänner. Wie schon bekannt, hat die Wiener Stadtverwaltung in den letzten Jahren eine Neuorganisation des Feuerschutzes für die Stadt Wien durchgeführt. Den Anforderungen der Zeit entsprechend, wurde der gesamte Feuerschutz der städtischen Berufsfeuerwehr übertragen und die verschiedenen freiwilligen Feuerwehren ausser Dienst gestellt. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nun kürzlich beschlossen, den Mitgliedern dieser freiwilligen Feuerwehren für ihre verdienstvolle Tätigkeit den Dank und die Anerkennung der Gemeinde Wien auszusprechen. Die Diplomüberreichung findet am kommenden Samstag im Rathause statt.

.....

Schiffahrt im Wiener Donaukanal. Das Landesgesetzblatt für Wien vom 12. April veröffentlicht eine Kundmachung des Landeshauptmannes von Wien betreffend die Beschränkung der Schiffahrt im Wiener Donaukanal im Bereiche der Augartenbrücke **während ihres Umbaus.** So ist unter anderem Fahrzeugen mit eigener Maschinenkraft die Durchfahrt unter der Augartenbrücke mit sämtlich zugekoppelten Schleppen sowie das Lavieren verboten. Die Talfahrt von Fahrzeugen mit einer Breite von mehr als zehn Metern **ist** einen Tag vorher bei der Stromaufsicht Rossau anzumelden. Flösse, deren Breite acht Meter übersteigt, dürfen unter der Augartenbrücke nicht durchfahren. Ruderschiffe über 20 Tonnen und Flösse haben nach ihrem Einlangen im Donaukanal an der öffentlichen Lände unterhalb des Döblinger Steges anzulegen und dort das Eintreffen eines mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Schiffsführers sowie der für die Durchfahrt unter der Augartenbrücke notwendigen Verstärkungsmannschaft abzuwarten. Führer und Verstärkungsmannschaft werden unentgeltlich beige stellt. Die Kundmachung tritt am Tage ihrer Verlautbarung in Kraft.

.....

25.000 Mündel der Stadt Wien. Nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Julius Tandler im gemeinderätlichen Wohlfahrtsausschuss beträgt der Stand der Mündel der städtischen Jugendämter rund 25.000. Für etwa 10.000 dieser Mündel mussten die Alimente erst von den Jugendämtern gerichtlich erzwungen werden.

.....

Ausgestaltung des Krematoriums. Wie schon wiederholt mitgeteilt, nimmt die Zahl der Einäscherungen im Krematorium der Stadt Wien ständig zu. Es hat sich daher der Einbau eines dritten Einäscherungsofens für notwendig erwiesen. Dieser wird in nächster Zeit aufgestellt werden.

.....

Wien, am Donnerstag, den 18. April 1929

.....

Vergrößerung des Sommerbades Kongressplatz. Das städtische Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Kongressplatz hatte im Vorjahr einen ganz unerwartet starken Besuch, so dass Notgarderoben errichtet werden mussten, um den Ansturm der Badegäste bewältigen zu können. Das Sommerbad Kongressplatz wurde im Vorjahr von insgesamt 254.000 Personen besucht. Die **Beliebtheit** des Bades macht es daher notwendig, die Umkleidegelegenheiten entsprechend zu vermehren. Es ist vorgesehen, neue Umkleidehallen aufzustellen und in diesen Wechselkabinen nach dem Nürnberger System einzurichten. Insgesamt werden dann 160 Kabinen, 1308 Kästchen und 122 Wechselkabinen mit 2250 Hacken, zusammen 3718 Umkleidegelegenheiten zur Verfügung stehen. Durch Einbeziehung neuer Flächen sollen eigene Spielplätze geschaffen werden, so dass die bestehenden Flächen des Sonnen- und Luftbades jenen Gästen vorbehalten bleiben, die Ruhe und Erholung suchen; ferner ist die Anlage eines ungefähr 280 Quadratmeter grossen Sandbades, die Aufstellung einer Wasserrutschbahn sowie mehrerer Brausegelegenheiten geplant. Die bisherige Spielfläche wird zu einem Ruheplatz umgewandelt werden, der gärtnerisch ausgestaltet und einen Zierteich erhalten wird. Die Gesamtkosten dieser Arbeiten betragen voraussichtlich 398.000 Schilling, die gestern vom Gemeinderatsausschuss für Technische Angelegenheiten bereits bewilligt worden sind.

.....

Das Nestroy Denkmal in Wien. Wie schon mitgeteilt, hat die Gemeinde Wien seinerzeit für die Aufstellung eines Nestroy Denkmals den Platz vor dem Nestroy Hof an der Einmündung der Tempel- und Czerningasse in die Praterstrasse gewidmet. Nunmehr hat der Gemeinderatsausschuss für Technische Angelegenheiten auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter beschlossen, die Fundierungsarbeiten für das Nestroy Denkmal auf Kosten der Gemeinde durchzuführen. Das Denkmal selbst ist ein Werk des Bildhauers Oskar Thiede.

.....

Neue Wiener Strassennamen. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat gestern wieder einige Strassenbenennungen beschlossen. So wird der in Fortsetzung der bestehenden Lustgasse auf der Landstrasse liegende Teil des St. Nikolausplatzes in "Lustgasse" umbenannt. Der zwischen der Baumgasse und der Landstrasser Hauptstrasse gelegene Teil der Rüdengasse wird in "Rabengasse" umbenannt. Für den dem Zuge der bestehenden Rabengasse annähernd folgenden Strassenzug wird der Name "Rabengasse" beibehalten.

.....

Eine Blindenzulage für Versorgungshauspfléglinge. Bekanntlich erhalten alle Versorgungshauspfléglinge seit August 1927 ein Handgeld von drei Schilling monatlich zur Deckung kleinerer Bedürfnisse. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler hat nun der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss beschlossen, den gänzlich erblindeten Pfléglingen ausser diesem Handgeld von 1. Mai an auch noch eine sogenannte Blindenzulage von monatlich zwei Schilling zu gewähren.

.....

Wien, am Freitag, den 19. April 1929

.....  
Schulschluss und Schulbeginn. Der Stadtschulrat für Wien teilt amtlich mit: Der letzte stundenplanmässige Unterricht findet am Donnerstag, den 27. Juni, statt. Die Zeugnisverteilung erfolgt am Freitag, den 28. Juni, um neun Uhr vormittags. Die Schülereinschreibungen werden am 10., 11., 12. und 13. Juni 1929 während der Schulstunden (von 8 bis 12 Uhr), am 12. und 13. Juni überdies von 3 bis 5 Uhr nachmittags in den Schulkanzleien vorgenommen. Zur Einschreibung ist der Tauf- oder Geburtsschein des Kindes, ein Heimatsnachweis und bei geimpften Kindern das Impfzeugnis mitzubringen. Gesuche um Altersnachsicht für solche Kinder, die am 1. September 1929 das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, es aber spätestens am 31. Dezember 1929 erreichen und in die öffentliche Schule aufgenommen werden sollen, sind bis längstens Montag, den 10. Juni, in der Kanzlei des Ortsschulrates einzubringen. Gesuche um Altersnachsicht für Kinder, die in eine Privatschule aufgenommen werden sollen, sind bis längstens 10. Juni in der Kanzlei des Bezirksschulinspektors einzubringen. Später einlangende Gesuche können nur bei Nachweis stichhaltiger Gründe in Behandlung genommen werden. Den Gesuchen ist eine Geburtsbestätigung des Kindes beizuschliessen. Die Einschreibung jener Schüler, die eine öffentliche Volksschule in Wien nicht besucht haben, in eine Hauptschule erfolgt am 31. August zwischen 8 und 11 Uhr vormittags. Die Anmeldungen für den einjährigen Lehrkurs an Bürgerschulen (IV. Bürgerschulklasse) finden am 24. und 25. Juni, am 6. und 7. September in den Kanzleien der in Betracht kommenden Bürgerschulen ebenfalls von 8 bis 11 Uhr vormittags statt. Am Montag, den 2. September, haben sich alle Schüler um neun Uhr vormittags zur Einteilung in die Klassen und zur Empfangnahme der Lernmittel in ihren Schulen einzufinden. Am Dienstag, den 3. September, beginnt um acht Uhr früh der regelmässige Unterricht. Die einjährigen Lehrkurse beginnen den Unterricht am Montag, den 9. September, um 8 Uhr früh. Schüler, die nicht rechtzeitig eingeschrieben wurden, kommen für notwendig werdende Umschulungen unter sonst gleichen Voraussetzungen in erster Reihe in Betracht.

.....  
Schliessung der Wärmestuben. Die Wärmestuben III., Erdbergerstrasse 85, X., Fuchsbaumplatz 13, XIV., Nobilegasse 35, XVI., Seeböckgasse 18 und XX., Burghardtgasse 3 stellen am Montag, den 22. April, um 6 Uhr früh ihren Betrieb ein.

.....  
Bezirksvertretung Favoriten. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet am Freitag, den 26. April, um 16 Uhr statt.

.....

Wien, am Freitag, den 19. April 1929 Zweite Ausgabe

.....

Eine Ausstellung des Drechslergewerbes. Die Lage des Drechslergewerbes ist seit Jahren eine ungemein schwierige. Das Drechslergewerbe ist auf den Export eingestellt, der insbesondere für die Knopfindustrie fast unmöglich geworden ist. Um auf den Notstand ihres Gewerbes aufmerksam zu machen, veranstalten die Perlmutter- und Galalithindustrie sowie die Knopfwarenerzeuger, gegenwärtig im Stafa Warenhaus eine ungemein sehenswerte Ausstellung, an der auch eine Verkaufsabteilung angegliedert ist. Die Ausstellung zeigt alle Erzeugnisse der Drechslerbranche, Knöpfe und Galanterieartikel von der einfachsten bis zur feinsten Form. Sämtliche ausgestellten Erzeugnisse lassen in vorbildlicher Weise Kunstfertigkeit und Wiener Geschmack erkennen. Die Ausstellung, die heute eröffnet worden ist, dauert bis 29. April.

.....

Ein Angelibad in Wien. Der Gemeinderatsausschuss für Technische Angelegenheiten hat kürzlich beschlossen, zur Erinnerung an den ehemaligen Gemeinderat Hans Angeli das städtische Strandbad Mühlshüttel in "Angelibad" umzubenennen. Hans Angeli gehörte von 1906 bis 1925 als Vertreter des IX. Bezirkes dem Wiener Gemeinderat an. Er war ein eifriger Förderer der körperlichen Erziehung der Jugend und insbesondere des Schwimmsportes. Angeli war auch längere Zeit hindurch Obmann des seinerzeit bestandenen städtischen Bäderausschusses.

.....

Eine Gartenanlage auf dem Sebastian Platz. Dem Wunsche der Bezirksvertretung und der Bevölkerung der Landstrasse entsprechend, wird der freie Teil des Sebastian Platzes auf der Landstrasse in eine Gartenanlage umgewandelt. Die neue Anlage wird etwa 1200 Quadratmeter gross sein. **Mit dieser neuen** Anlage verschwindet eine unschöne wüste Fläche. Die veranschlagten Kosten wurden vom Gemeinderatsausschuss für Technische Angelegenheiten bereits genehmigt.

.....

Stromabschaltung. Im Hause XII., Vierthalergasse 10 wurde die elektrische Installation trotz wiederholter Aufträge nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht, obwohl sie die persönliche Sicherheit gefährdete und eine Feuersgefahr bildete. Um Unglücksfällen vorzubeugen, musste daher die zuständige Magistratsabteilung in diesem Haus den elektrischen Strom vom städtischen Kabelnetz abschalten.

.....

Wien, am Samstag, den 20. April 1929

-----  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Mittwoch um 10 Uhr vormittag der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Gemeinderat wurde für Freitag um 17 Uhr einberufen.

-----  
Ein eigener Tuberkulosepavillon im Krankenhaus der Stadt Wien. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler hat der gemeinderätliche Wohlfahrtsausschuss in seiner letzten Sitzung die Pläne des Neubaus eines Tuberkulosepavillons auf dem Gebiete des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz mit einem Gesamtkostenbetrag von 4,850.000 Schilling genehmigt. Der neue Pavillon, dessen Pläne von den Architekten Judtmann und Riss im Einvernehmen mit dem Stadtbauamt und dem Wohlfahrtsamte stammen, soll parallel zur Hermesstrasse in dem gegen den Tiergarten gelegenen Gelände des Krankenhauses errichtet werden. Er hat eine Länge von 133 Meter und enthält ausser dem Erdgeschosse noch vier Obergeschosse. Der Belagraum wird 314 Betten umfassen. Die Krankenzimmer und Liegehallen sind so angeordnet, dass sie fast genau nach Süden liegen. Der Grundriss des Gebäudes sieht in der Mittelachse die Trennung der Frauenabteilung im westlichen Flügel von der Männerabteilung im östlichen Flügel vor. Bei dem geplanten Neubau sind alle Erfahrungen, die man auf dem Gebiete derartiger Anlagen hat, berücksichtigt worden, so dass er auch den strengsten Anforderungen genügen wird und den Kranken jede wie immer geartete Bequemlichkeit bietet. Der Verkehr zu dem neuen Gebäude wird sowohl vom bestehenden Krankenhause, als auch von der Hermesstrasse aus durch eine neue Zufahrtsstrasse hergestellt. Die Gartenanlage in der Umgebung des neuen Gebäudes wird vollständig umgestaltet und erhält als Uebergang zur Südseite des Gebäudes zwei Terrassen, die durch Freitreppen verbunden sind. Mit dem Bau wird noch in diesem Jahre begonnen.

-----  
Dresden studiert die Wiener Volksbildungseinrichtungen. Dieser Tage weilte eine Dresdener Studienkommission von Stadtverordneten in Wien, um die hiesigen Volksbildungseinrichtungen kennen zu lernen. Der Studienkommission gehört auch in Vertretung der sächsischen Regierung Oberregierungsrat Dr. Kaphahn an. Die Mitglieder der Studienkommission besuchten heute Mittag das Wiener Rathaus, wo sie in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführenden Stadtrat Speiser empfangen wurden. Den Dank der Gäste für die liebevolle Aufnahme übermittelte der Dresdner Stadtverordnete Franke.

-----

.....

Ausgestaltung des Autobusverkehrs. Uebermorgen Montag nehmen wieder zwei neue Autobuslinien den Betrieb auf. Es sind dies die Linien 8 und 9. Die Linie 8 fährt vom Elterleinplatz-Hernalserhauptstrasse-Alserstrasse-Schottengasse-Wipplingerstrasse-Hoher Markt-Wollzeile-Landstrasse Hauptstrasse-nach St. Marx. Die Linie 9 wird vom Kriemhildplatz-Gablenzgasse-Neustiftgasse-Rathaus-Teinfaltstrasse-Tiefer Graben-Salzgries-Franz Josefskai-Löwengasse-zur Rotundenbrücke geführt. Gleichfalls am Montag wird die Autobuslinie 7 von der Volksoper-Währingerstrasse-Genzgasse-Aumannplatz-Währingerstrasse nach Gersthof verlängert. Auch diese Linien werden wie alle übrigen Autobuslinien nur an Werktagen von 7'30 Uhr bis 19'30 Uhr in Wagenfolgen von fünf Minuten betrieben.

.....

Elektrische Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird in Margareten in der Schelleingasse, Gassergasse, Kriehubergasse, in Favoriten auf dem Weg längs der Südbahn, in Simmering in der Braunhubergasse, Dommessgasse, Hugogasse, in Hernals in der Neuwaldeggstrasse, in Döbling in der Silbergasse und schliesslich in Floridsdorf in der Bahnsteggasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt. In nächster Zeit werden in Fünfhaus die Viktoriagasse, Würffelgasse, Oesterleingasse und Karmelitterhofgasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....

Modernisierung im Kanalwesen. Um die alten Ziegelkanäle, die schon schadhaft sind, durch moderne Betonkanäle zu ersetzen, vergibt der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten schon seit Jahren immer wieder grössere Umbauten von Hauptunratskanälen. So werden in der nächsten Zeit die Hauptunratskanäle in der Braunhubergasse-Hugogasse, in der Unteren Viaduktgasse, Hansalgasse-Kegelgasse, am Gaudenzdorfer Gürtel, in der Steinbauergasse, Heidmannsgasse-Mariahilferstrasse-Rosinagasse, Maria vom Siege-Stagelgasse, in der Webergasse umgebaut und in noch unbenannten Gassen beim städtischen Wohnhausbau in der Aichholzgasse mehrere Hauptunratskanäle neugebaut.

.....

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Architekt Hellwig über "Die neue Küche".

.....

Wien, am Montag, den 22. April 1929

.....

Ehrung verdienter Feuerwehrmänner. Sonntag vormittags fand im Gemeinderatssitzungssaal eine erhebende Feier statt. Bekanntlich hat die Wiener Stadtverwaltung in den letzten Jahren den gesamten Feuersechutz der Stadt Wien der städtischen Berufsfeuerwehr übertragen. Durch diese, den Anforderungen der Zeit entsprechende Reorganisation wurden die verschiedenen freiwilligen Feuerwehren, die jahrzehntelang in dankenswerter Weise gewirkt haben, ausser Dienst gestellt. In Anerkennung der verdienstvollen Tätigkeit dieser freiwilligen Feuerwehren hat die Gemeindeverwaltung beschlossen, ihnen den Dank der Stadt Wien auszusprechen. Die feierliche Diplomüberreichung an die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren Währing, Kagran, Penzing, Breitensee und Kaisermühlen nahm nun gestern amtsführender Stadtrat Linder mit Branddirektor Ingenieur Wagner und Brandinspektor Ingenieur Seifert im Gemeinderatssitzungssaal vor. Stadtrat Linder dankte in überaus herzlichen Worten den freiwilligen Feuerwehren für ihre opferfreudige Hingabe im Dienste der Wiener Bevölkerung. Die Zeit jedoch erfordert es, dass der Brandschutz keine Wohlfahrtseinrichtung mehr sein darf. An ihrer Stelle ist die Pflicht der Gemeinde getreten, das Hab und Gut der Mitbürger vor Schaden zu bewahren. Die Uebertragung des Brandschutzes der Stadt Wien an die städtische Berufsfeuerwehr ist daher unter keinen Umständen ein Politikum, sondern eine Forderung der Zeit, der sich keine Stadtverwaltung entziehen kann. Die Stadt Wien dankt allen freiwilligen Feuerwehren für ihre verdienstvolle Tätigkeit. Für die freiwilligen Feuerwehren dankte Verbandskommandant Keller der Stadtverwaltung für die Anerkennung, die sie der Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehren zollt, und schloss seine Rede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Stadt Wien. Dann überreichte Stadtrat Linder den freiwilligen Feuerwehrmännern Wenzel Stracka der freiwilligen Feuerwehr Floridsdorf und Leopold Schwab der freiwilligen Feuerwehr Ober St. Veit die österreichische Medaille für vierzigjährige und den freiwilligen Feuerwehrmännern Leopold Stadlmayer der freiwilligen Feuerwehr Kagran, Franz Krizek der freiwilligen Feuerwehr Donauefeld, Heinrich Müller der freiwilligen Feuerwehr Ober St. Veit, Albert Weich und Franz Haselberger der freiwilligen Feuerwehr Ober Sievering und schliesslich dem Maschinenmeister der städtischen Berufsfeuerwehr Karl Ruschitzka die österreichische Medaille für 25jährige eifrige und erspriessliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Feuerwehr- und Rettungswesens. Schliesslich leisteten die Hauptleute Heindl und Pfabigan der freiwilligen Siedlungsfeuerwehr Rosenthal-Satzberg, Stieglmayer von der Siedlungsfeuerwehr Donauland und Peretti der freiwilligen Siedlungsfeuerwehr Rudolfs- h u g e l die feierliche Angelobung.

.....

Wien, am Montag, den 22. April 1929 Zweite Ausgabe

-----  
Bürgermeister Seitz Ehrenmitglied des Ostmärkischen Sängerbundes. Heute erschien eine Abordnung des Ostmärkischen Sängerbundes unter Führung des Ehrenvorstandes Hofrat A. Jaksch beim Bürgermeister und überreichte ihm die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft des Ostmärkischen Sängerbundes, die Fahnenmedaille des Sängerfestes und die gesammelten Hefte der Sängerfestblätter. Die Abordnung übermittelte dem Bürgermeister den aufrichtigsten Dank der gesamten österreichischen Sängerschaft für die mächtige Förderung des Sängerbundesfestes. Bürgermeister Seitz dankte für die Ehrung. Er habe es stets für seine Pflicht gehalten in Ansehung der Stadt Wien als Musikstadt das Sängerbundesfest mit aller Kraft zu unterstützen. Die Fahnenmedaille und die Festblätter werden den städtischen Sammlungen einverleibt.

-----  
Der Röntgenkongress. Aus Anlass des in Wien tagenden Röntgenkongresses veranstaltete heute nachmittags die Stadt Wien im grossen Festsaal des Rathauses einen Empfang. An diesen nahmen unter anderem Vizebürgermeister Hoss, Landtagspräsident Zimmerl, die amtsführenden Stadträte Linder und Professor Dr. Tandler sowie Stadtrat Rummelhardt teil. Bürgermeister Seitz hiess die Gäste herzlich willkommen. Wien ist stolz darauf einen Kongress von so grosser wissenschaftlicher Bedeutung in seinen Mauern begrüessen zu können. Die Stadt Wien hat auf dem Gebiet der Medizin eine alte Tradition. Rege Impulse sind von ihr ausgegangen und die Wiener Bürgerschaft kann sich mit Stolz ihrer medizinischen Fakultät rühmen. Wir danken Ihnen, dass Sie Wien zu Ihrem Kongressort gewählt haben, und hoffen, dass Sie diese Stadt in freundlicher Erinnerung behalten werden. Für die Gäste dankte Professor Dr. Friedrich (Berlin) für die freundliche Aufnahme in Wien.

-----  
Jubilare der Ehe. In den letzten Tagen überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführenden Stadtrat Linder den Ehepaaren Wilhelm und Marie Absolon, Leopold und Marie Brandner, Franz und Barbara Draxler, Georg und Anna Schmid und Clemens und Aloisia Weingärtler anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-----

Wien, am Dienstag, den 23. April 1929

.....

Die Steuerkontrolle in den Stundenhotels.

Steuerhinterziehungen von rund einer Million Schilling- Entweder vollständige Erfassung der Steuer oder Abbau der Fürsorge.

Kürzlich nahm vor dem Strafbezirksgericht Favoriten ein Ehrenbeleidigungsprozess seinen Anfang, den ein Hotelier provoziert hat, um die Frage der Steuerkontrolle in den Stundenhotels, wie sie von der Gemeinde Wien ausgeübt wird, vor der Öffentlichkeit aufzurollen. Es handelt sich um die sogenannten "Einquartierungen", zu denen sich der Wiener Magistrat im November 1926 entschliessen musste, um den in grösstem Stile betriebenen Steuerhinterziehungen in Wiener Stundenhotels ein Ende zu bereiten. Da Stundenhotels nun einmal die Eigentümlichkeit haben, dass sie nur von Paaren besucht werden, stand dem Magistrat vor der Wahl, die Stundenhotels entweder unbehelligt weiter Steuerhinterziehungen vornehmen zu lassen oder die Einquartierungen in der ortsüblichen Form durchzuführen. Pflichtgemäss ist das letztere geschehen, worüber auch der städtische Finanzreferent wiederholt und vornehmlich anlässlich der Budgetberatungen im Wiener Gemeinderat vor aller Öffentlichkeit berichtet hat. Die von einzelnen Stundenhotels geübten Steuerhinterziehungen sind nicht nur eine schwere Schädigung des Fiskus, sie stellen vielmehr auch eine Schmutzkonkurrenz gegenüber jenen Hotels dar, die die Abgabe ordnungsgemäss abführen und daher nicht in der Lage sind, die Preise jener Stundenhotels zu unterbieten, die vermöge der Fremdenzimmerabgabehinterziehung niedrigere Preise erstellen können. Ueberall besteht die Notwendigkeit, die Säumigen, die Steuerhinterzieher ausfindig zu machen und zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Leistungen zu zwingen. Dieselbe Pflicht erwuchs auch dem Wiener Magistrat, der durch die Einquartierungen konkrete Anhaltspunkte für die Ueberprüfung der Abrechnungen der Stundenhotels gewinnen musste.

Auf diese Weise wurden bis anfangs 1928 von den in Wien bestehenden 190 Hptels insgesamt 132 revidiert. Erfreulicherweise wurden die Aufzeichnungen eines Teiles der Betriebe in vollster Ordnung befunden, bei einem grösseren Teil ergaben sich infolge unbedeutender Mängel nur kleinere Nachträge, während bei 65 Hotels, also der Hälfte aller revidierten Betriebe die festgestellten Differenzen derart gross waren, dass diese Betriebe zu einer Nachtragszahlung von 848.000 Schilling verhalten werden mussten. Dass an der Verlässlichkeit der amtlichen Feststellung nicht gezweifelt werden kann, geht am besten daraus hervor, dass 41 Hotelbesitzer die absichtliche Hinterziehung

der Abgabe ausdrücklich zugegeben haben; aber auch die anderen Betriebsinhaber haben die amtliche Bemessung grösstenteils beschwerdelos zur Kenntnis genommen.

Im Hinblick auf die rückhaltlosen Geständnisse wurden die Strafen sehr milde bemessen; <sup>sie</sup> machen aber doch insgesamt rund 100.000 Schilling aus. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser neuen Revisionsmethode erfolgten sprunghafte Steigerungen der monatlichen Abgabe bei den Stundenhotels. Selbst wenn sogar der zweifellos stärkere Messemonat März 1927 als Vergleichsmonat herangezogen wird, ergibt sich, dass die Abgabe nach den ersten Vorladungen in 16 Hotels bis 30 Prozent, in 10 Hotels bis 50 Prozent, in 15 Hotels bis 100 Prozent, in 13 Hotels bis 150 Prozent, in 8 Hotels bis 240 Prozent und schliesslich in 3 Hotels sogar bis über 300 Prozent der früher einbekannten Abgabe gestiegen ist. Diese günstige Wirkung ist eine anhaltende. Vom Juli 1927 bis Juni 1928 haben die Stundenhotels 2,967.393 Schilling Abgabe geliefert. Hingegen weisen die den Einquartierungen vorausgegangenen zwölf Monate einen Steuerertrag von bloss 1,979.507 Schilling auf. Die Aktion hatte also einen jährlichen Mehrertrag an Abgabe von rund einer Million Schilling zur Folge.

Es steht somit einwandfrei fest, dass durch Unterlassung der Einquartierungen der Fiskus einen Schaden von einer Million Schilling erlitten hätte. Der Magistrat hätte nun diese Million Schilling von einer anderen Gruppe von Steuerträgern hereinbringen oder etwa die Schliessung der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe mit ihren 490 Betten beantragen müssen, deren Kostenaufwand rund eine Million Schilling ausmacht. Mit dieser Feststellung ist wohl ausreichend dargetan, dass die Magistratsaktion nach jeder Richtung hin vollauf gerechtfertigt ist.

-----

Aufhebung der Wassersparmassnahmen. Wie bekannt, mussten seinerzeit zur Behebung der Wassernot in Wien Sparmassnahmen im Wasserverbrauch angeordnet werden. Einzelne dieser Sparmassnahmen wurden dann später aufgehoben. Da nun die Zuflüsse aus den beiden Hochquellenleitungen wieder normal sind, wurden mit Kundmachung des Magistrates vom 17. April auch die restlichen zur Verhinderung einer Wassernot angeordneten Sparmassnahmen aufgehoben.

-----

Gemeindevermittlungsamt Margareten. Die nächsten Sühneverhandlungen vor dem Gemeindevermittlungsamte Margareten finden am 8., 15., 22. und 29. Mai statt.

-----

Neue Brückenwage. Die alte städtische Brückenwage auf dem Markt Viktor Adlerplatz wird durch eine Rollgewichtswage ersetzt. Die damit verbundenen Arbeiten werden voraussichtlich drei Wochen dauern. Die Interessenten wollen daher mittlerweile die Brückenwage auf dem Markte in der Geiselbergstrasse oder auf dem Heu- und Strohmarkt in der Reinprechtsdorferstrasse vornehmen.

-----

.....

Gemeindesubventionen. Der städtische Finanzausschuss hielt gestern eine Sitzung ab, in der wieder eine Reihe von Gemeindesubventionen beschlossen wurde. So erhält der Deutschösterreichische Bühnenverein eine Subvention von 25.000 Schilling. Der Bühnenverein hat im abgelaufenen Jahr für Rechtschutz und Unterstützungszwecke für seine Mitglieder mehr als 50.000 Schilling ausgegeben. Mit je dreitausend Schilling wurden die Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch und heimischen Molkereiprodukten und der Verein "Soziale Gerichtshilfe für Erwachsene" subventioniert. Erstere sucht die Bevölkerung durch Vorträge, Filmaufführungen und so weiter über die Bedeutung des Milchgenusses für die Gesundheit aufzuklären. Die Gerichtshilfe ist der einzige Fürsorgeverein für aus der Strafhaft Entlassene aller Wiener Gerichte. Je zweitausend Schilling erhalten die Wiener Philharmoniker und die Biologische Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften in Wien. Mit je fünfhundert Schilling wurden die Oesterreichische Komponistenbund und der Verein für neue Musik subventioniert. Der Komponistenbund fördert künstlerische und wirtschaftliche Interessen lebender österreichische Komponisten, insbesondere durch Veranstaltung von Konzerten und Aufführungen. Der Verein für neue Musik ist die österreichische Sektion der Internationalen Gesellschaft für neue Musik. Schliesslich hat der städtische Finanzausschuss für die Hydrobiologische Donaustation eine Subvention von vierhundert Schilling beschlossen. Der Genossenschaft der bildenden Künstler Wien wurde endlich ein Ehrenpreis von tausend Schilling für die Frühjahrsausstellung gewährt.

.....

140 Gäste in der Schülerherberge. Diese Woche bequartiert und verköstigt die städtische Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse wieder viele Gäste. Es sind 140 Schüler, die studienhalber Wien besuchen. So aus Salzburg 45 Handelsschüler, 38 Hochschüler aus Warschau und schliesslich 57 Grazer Fortbildungsschülerinnen.

.....

Gemeindevermittlungsamt Neubau. Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 2., 8., 15., 22. und 29. Mai im Büro des Bezirksvorstehers um halb elf Uhr vormittags statt.

.....

Wien, am Mittwoch, den 24. April 1929

-----  
Vorsicht bei Ankauf von sogenannten Gassparern. Im Interesse der Sicherheit der Gasabnehmer warnen die städtischen Gaswerke seit Jahr und Tag vor der Benützung der sogenannten Gassparer. Diese in das Mischrohr zwischen Brenner und Düse eingeführten Drahtspiralen erreichen in keiner Weise ihren Zweck, ja sie erwiesen sich bei der behördlich vorgenommenen Prüfung als sicherheitsgefährlich, da das Gas nicht vollkommen verbrennt, wodurch in ungenügend entlüfteten kleinen Räumen Vergiftungserscheinungen hervorgerufen werden. Der Magistrat hat daher schon im Jahre 1925 den Verkauf aller Gassparvorrichtungen verboten, deren Anbringungsart und Verwendung vom Standpunkte der Sicherheit nicht ausdrücklich als vollständig unbedenklich anerkannt wird. Es wurde auch ausgesprochen, dass die Anbringung der zum Verkauf zugelassenen Sparvorrichtungen nur konzessionierte Installateure durchführen dürfen. Trotzdem werden solche verbotene Gassparer immer wieder von Gasabnehmern verwendet. Im Interesse der Bevölkerung warnen daher die Wiener städtischen Gaswerke neuerlich vor solchen Gassparern. Die städtischen Gaswerke haben nicht nur selbst gassparende Geräte geschaffen, sondern sie bemühen sich auch seit jeher, die Bevölkerung durch Vorträge, Beratungen, Ankündigungen und so weiter darüber aufzuklären, wie man Gas und Gasgeräte benützen muss, um mit dem geringsten Gasverbrauch das Auslangen zu finden.

-----  
Margaretenstrasse und Rechte Wienzeile teilweise Einbahnstrassen. Im Interesse der raschen Abwicklung des Verkehrs hat der Wiener Magistrat die Margaretenstrasse zwischen der Schleifmühlgasse und dem Suttnerplatz als Einbahnstrasse erklärt. Sie darf dort nur in der Richtung von der Schleifmühlgasse zum Suttnerplatz befahren werden. Fuhrwerke dürfen nur auf der linken Strassenseite der gestatteten Fahrtrichtung und nur in einer Reihe Aufstellung nehmen. In der Rechten Wienzeile zwischen der Schleifmühlgasse und der Bärenmühle ist der Verkehr in beiden Richtungen nur von 5 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends gestattet. Für die übrige Zeit wird dieser Teil der Rechten Wienzeile als Einbahnstrasse in der Richtung von der Schleifmühlgasse zur Bärenmühle erklärt. Die Züge der Wiener elektrischen Strassenbahn sind von dieser Anordnung ausgenommen, ebenso zu Rettungs- oder Hilfsaktionen fahrende Wagen des öffentlichen Sicherheits-, Kranken- und Rettungsdienstes, die Feuerwehr und die Strassensäuberungsmaschinen bei Arbeitsfahrten.

-----

Wien, am Donnerstag, den 25. April 1929

.....

Neue städtische Wohnhausbauten und Siedlungsanlagen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat kürzlich wieder eine Reihe von Neubauten beschlossen. Architekt Fritz Reich hat die Pläne für einen Wohnhausbau auf dem Puchsbaumplatz entworfen. Der Bau soll zehn Wohnungen enthalten. In der Wohlmuthstrasse wird nach den Plänen der Magistratsabteilung 22 ein Wohnhausbau mit 32 Wohnungen aufgeführt. Architekt Fritz Rosenbaum hat den Entwurf für eine Wohnhausanlage in der Christian Buchergasse vorgelegt, in der 16 Wohnungen vorgesehen sind. Eine bedeutende Erweiterung erfährt die Siedlungsanlage Kagran-Freihof. Dort werden 139 Siedlungshäuser in zwei Typen errichtet. Eine Haustype hat 40 Quadratmeter verbaute Fläche, bei der anderen werden 33 Quadratmeter verbaut. Das Siedlungshaus samt dem zugehörigen Vor- und Hausgarten hat ungefähr 120 Quadratmeter Grundfläche. Die Gesamtbaukosten dieser Neuanlagen betragen voraussichtlich gegen drei Millionen Schilling.

.....

Internationale Gesellschaft der Damenfriseure. Diese Woche hält die Internationale Gesellschaft der Damenfriseure ihren fünften Kongress in Wien ab. Zu Ehren der Kongressteilnehmer veranstaltete gestern abends die Stadt Wien im Festsaal des Neuen Rathauses einen Empfang. An diesen nahmen unter anderen die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg, Hellmann und Zimmerl, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, Landeshauptmann a. D. Sever, die amtsführenden Stadträte Richter und Speiser, Stadtschulratpräsident Glöckel, Stadtrat Rummelhardt und Präsident Domes der Arbeiterkammer teil. Für die Gäste sprachen Präsident Seilaz (Zürich), Boudou (Paris), Paillart (London) und Müller (Hamburg). Bürgermeister Seitz hiess die Gäste herzlich willkommen. Wien dankt Ihnen, dass Sie Ihren Kongress in seinen Mauern abhalten. Die Stadt Wien ist eine echt internationale Stadt und ihre Bevölkerung freut sich immer wieder, wenn Fremde kommen und sich in Wien wohl fühlen. Wir hoffen, dass Sie Wien in freundlicher Erinnerung behalten werden.

.....

Auszeichnung von Fürsorgeräten. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat am Mittwoch beschlossen, den Fürsorgeräten Josef Zuleger, Leopold Gröber, Josef Kalous, Franz Junghofer, Anton Fiedler und Josef Harthan in Anerkennung ihres mehr als 25jährigen verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen. Gröber ist seit 1887, Kalous seit 1896, Zuleger seit 1899, Junghofer seit 1903, Fiedler und Harthan seit 1895 im Fürsorgewesen tätig.

.....

Wien, am Freitag, den 26. April 1929

.....  
Artillerieschüsse vor dem Krematorium. Vor einigen Tagen ist eine Batterie des Bundesheeres vor dem Krematorium aufgefahren und hat dort Salutschüsse abgefeuert. Der Wiener Magistrat hat in einer Beschwerdeschrift gegen diese Vorgangsweise, von der kein Gemeindeorgan vorher verständigt worden war, auf das schärfste protestiert. Bei diesem Anlasse bringt der Magistrat neuerlich zur Kenntnis, dass das Abfeuern von Gewehren und so weiter auf Friedhofsgrund mit der Würde und Weihe einer solchen Ruhestätte absolut unvereinbar ist und daher auch immer verboten war.

.....  
Nordische Gäste im Rathaus. Die dieser Tage in Wien eingetroffenen Direktoren und Funktionäre der Reisebüros aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland sowie die sie begleitenden hervorragenden nordischen Journalisten stateteten gestern Donnerstag unter Führung der Herren Dr. Hauswirth (Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen) und Dr. Nasswetter (österreichisches Verkehrsbüro) dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Die Gäste wurden im Steiner Saale in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling begrüßt, der in seiner Ansprache auf die hohe Bedeutung des Fremdenverkehrs verwies. Für die Gäste dankte Redakteur Nyström für die lebenswürdige Aufnahme, die sie in Wien gefunden haben.

.....  
Verein "Hilfsschule". Am Freitag, den 3. Mai, um 19 Uhr hält der Verein "Hilfsschule" im Sitzungssaale des magistratischen Bezirksamtes Margareten, V., Schönbrunnerstrasse 54 seine Jahresversammlung ab. Obermagistratsrat Dr. Pamperl, der das städtische Berufsberatungsamt leitet, spricht über "Das Problem der Berufseingliederung erwerbs<sup>be</sup>schränkter Jugendlicher".

.....  
Elektrische Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in der Inneren Stadt der Dr. Karl Luegerplatz und der Georg Cochplatz mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....  
Besuch beim Eisernen Rathausmann. Die Sitzungssäle und Festräume des Neuen Rathauses sind **stark** besuchte Wiener Sehenswürdigkeiten. Im Monat März allein statteten 839 Reisende dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Unter ihnen waren Gäste aus Holländisch Indien, Japan, Amerika, Venezuela, Peru, Schweden, Holland, England, Frankreich, Italien, Schweiz, Ungarn, Tschechoslowakei und Deutschland.

.....

Wien, am Freitag, den 26. April 1929 Zweite Ausgabe.

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 26. April 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Die Tagesordnung umfasst 33 Anträge, von denen 26 ohne Debatte angenommen werden. Der Verein "Soziale Gerichtshilfe für Erwachsene" erhält eine Subvention von 3000 Schilling, die Biologische Versuchsstation der Akademie der Wissenschaften in Wien 2000 Schilling, die Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch und heimischen Molkereiprodukten eine ausserordentliche Subvention von 3000 Schilling, der Deutschösterreichische Bühnenverein 25.000 Schilling, die Wiener Philharmoniker 2000 Schilling, der Oesterreichische Komponistenbund 500 Schilling, die Hydrobiologische Donaustation 400 Schilling und für die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens wird ein Ehrenpreis von 1000 Schilling bewilligt. Dann werden städtische Wohnhausneubauten auf dem Johann Hoffmannplatz, in der Anton Störckgasse, in der Mauthner-Markhoffgasse, in der Köhlergasse, in der Christian Buchergasse und schliesslich das Bauprogramm 1929 für die Siedlungsanlage Kagran Freihof genehmigt. Ohne Debatte werden auch der Ankauf von 10.375 Stück Aktien der "Teerag A.G.", der Bau einer Betonliegehalle in der Lungenheilstätte Baumgartnerhöhe sowie verschiedene Abänderungen der Bestimmungen des Parkschutzgebietes und des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes beschlossen.

Der an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Meidl im Hause neu-  
erschienene Gemeinderat Franz Somitsch leistet die Angelobung.

St.R. Breitner referiert über den fünften Bericht betreffend Zuschusskredite. Er verweist darauf, dass es sich in diesem Bericht nur um zwei Posten handelt, um Verzinsungen, die sich beim Wirtschaftamt ergeben haben und um die Aufwendungen für die Erwerbung von Gründen, die jeweils als Einzelpost vom Gemeinderat genehmigt worden sind.

GR. Kunschak (E.L.) kommt auf seine jüngste Rede, in der er verschiedene Bemängelungen hinsichtlich der Gebarung bei den Wohnhausbauten der Gemeinde vorbrachte zurück und erinnert an die Feststellung des Stadtrates Breitner, dass alle Beschlüsse, die eine Verausgabung der Gemeinde betreffen am Amtsblatte der Stadt Wien enthalten sind. Ueber diese seine Bemängelungen wurde von St.R. Breitner in dankenswerter Weise eine Untersuchung eingeleitet und darüber liegen nunmehr zwei Bericht vor. In dem einen dieser Berichte, wird hinsichtlich der Zuschusskredite für die Rathauskellerwirtschaft

zugegeben, dass der beanständete Beschluss allerdings nicht im Amtsblatt abgedruckt ist, es wird aber hinzugefügt, dass es seit jeher Praxis sei Beschlüsse und Anträge über Wagenankäufe und Verkäufe, in denen Firmennamen aufscheinen, vertraulich zu behandeln. Diese Darstellung ist nicht richtig. Vielmehr sind in hunderten von Fällen Lieferungen an bestimmte Firmen mit Namensnennung im Amtsblatt abgedruckt. Gegen eine solche Auffassung muss man sich **auf** das entschiedenste verwahren, da eine derartige Praxis die Möglichkeit bietet, sich unter Umständen nachträglich einen Beleg zu konstruieren. GR. Kunschak kritisiert sodann ausführlich den Bericht, den das Kontrollamt über seine seinerzeitigen Bemängelungen vorgelegt hat, und stellt unter anderem fest, dass zum Beispiel eine Reihe von Beschlüssen über Architektenhonorare auf die sich das Kontrollamt beruft, im Amtsblatt nicht veröffentlicht sind und dass bei einer Reihe von **„Tabelle“**, der Bericht der betreffenden Ausschusssitzung die zitierten Beschlüsse gar nicht enthalte. Durch solche Dinge werde sein Vertrauen in die Tätigkeit und Genauigkeit des Kontrollamtes und zur Gebarung der Gemeinde Wien überhaupt auf das schwerste erschüttert. Hinsichtlich der Bedeckung der Kosten für Grundfreimachungen übersieht zum Beispiel das Kontrollamt dass in einzelnen Fällen die Beschlüsse zweier Ausschüsse, die hiezu notwendig sind, gar nicht vorliegen. In dem Fall **„in der Krimskykaserne**, in welchem die sehr obskure Reformbaugesellschaft wieder einmal auftritt wird vom Kontrollamt übersehen, dass hiezu sowohl ein Beschluss des Gemeinderatsausschusses VI wie des Gemeinderates selbst notwendig war und der Beschluss des Gemeinderates V, auf dem sich das Kontrollamt beruft, ist im Amtsblatt nicht zu finden. Im Falle Maringer decken die vom Kontrollamt zitierten Beschlüsse die gesamten aufgewendeten Summen nicht. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Bauten in der Van der Nüllgasse, in der Alxingergasse und in der Brünnerstrasse-Kantnergasse. Beim letzten Bau wurde um 78.000 Schilling mehr ausgegeben, als durch die Beschlüsse des Ausschusses und Gemeinderates gedeckt erscheint. Bei den Bauten in der Thurygasse und Pfeilgasse behauptet das Kontrollamt, dass die Beträge gedeckt sind. In Wahrheit ist von den notwendigen Kompetenzbeschlüssen nirgends etwas zu finden. Man kann nur sagen, dass sich die städtische Bauführung, beziehungsweise die Verrechnung in einem geradezu trostlosen Zustand befindet. Die Kontrolle durch das Kontrollamt ist nichts anderes als eine Augenauswischerei, weshalb es jetzt auch verständlich ist, warum sich das Land Wien als einziges Land dagegen gesträubt hat, seine Gebarung vom Obersten Rechnungshof überprüfen zu lassen. Der Redner verlangt schliesslich die Drucklegung der Gemeinderatssitzungsprotokolle, damit auch die Öffentlichkeit Gelegenheit hat, sich über die Vorgänge im Gemeinderat zu informieren. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Breitner hebt in seiner Erwiderung hervor, dass in den einzelnen Ausschüssen hinsichtlich der Vertraulichkeit oder Öffentlichkeit eines Beschlusses gewisse Usancen bestanden haben, was vielleicht zu Unklarheiten geführt hat. Fest steht, dass für alle Bauunternehmungen die notwendigen Kompetenzbeschlüsse vorliegen. Die Ausführungen des Herrn Stadtrates Kunschak werden nunmehr wieder den Gegenstand aufmerksamster Untersuchung bilden. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird nun die Errichtung einer Volks- und Hauptschule in Kagran, Freihofsiedlung, genehmigt. Die Baukosten betragen über eine Million Schilling.

GR. Thaller ersucht um Bewilligung einer Subvention von 500 Schilling für den Verein für neue Musik.

St. R. Rummelhardt (E. L.) spricht sich dagegen aus. Es herrscht das Gerücht, dass diese Vereinigung die atonale Musik betreibt. Man weiss auch nicht, welchen Zwecken der Verein dient.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass der geschäftsführende Vizepräsident Dr. Paul Stephan ist. Der Gesellschaft gehört dann noch der Sekretär der Universaledition Dr. Paul Pisk an. Der Verein ist die österreichische Sektion des Internationalen Vereines für neue Musik.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Weber berichtet über den Bau einer Wohnhausanlage in der Aichholzgasse. Die Anlage wird nach den Plänen der Architekten Discher und Dirnhuber errichtet. Die Baukosten werden sich voraussichtlich auf 7 Millionen Schilling belaufen.

Zum Worte ist GR. Müller (E. L.) gemeldet. Er ist jedoch bei Namensaufruf nicht im Saal und verliert daher das Wort. Der Antrag wird angenommen.

GR. Dr. Friedjung beantragt, den Entwurf für den Bau eines Tuberkulosenkrankenpavillons auf dem Gebiete des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz zu genehmigen. Die Baukosten sind mit 4,85 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Zimmerl (E. L.) erklärt, dass der Antrag falsch formuliert, unvollständig ist und nicht den Vorschriften entspricht. Für den Bau ist entgegen der Formulierung des Antrages noch kein Kredit genehmigt worden.

Der Berichterstatter stellt fest, dass für die Vorarbeiten bereits ein Kredit von 50.000 Schilling bewilligt worden ist.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Schneider berichtet über den Neubau von Hauptunratskanälen im Gebiete der städtischen Wohnhausanlage Aichholzgasse. GR. Müller (E. L.) urgirt den Bau des Liesingkanals. Nach der Erklärung des Referenten, dass dazu neue Verhandlungen notwendig seien, wird der Antrag angenommen.

GR. Zimmerl (E. L.) spricht nochmals zum Antrag des GR. Dr. Friedjung. Für den Bau des Tuberkulosenpavillons wurde noch kein Kredit bewilligt. Der Antrag ist ein aufgelegter Verwaltungsskandal.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Vorsitzender GR. Hofbauer schliesst um 19 Uhr die Sitzung.

.....

Wien, am Samstag, den 27. April 1929

.....  
Der neue Hietzinger Bezirksvorsteher. Die durch das Ableben des langjähri-  
gen Bezirksvorstehers Franz Schimon notwendig gewordene Neuwahl erfolgte am  
Donnerstag in einer von allen Mitgliedern der Bezirksvertretung besuchten  
Vollversammlung. Zum Bezirksvorsteher wurde der Sozialdemokrat Dr. I. Spiel-  
mann gewählt. Für ihn stimmten auch die bürgerlichen Mitglieder der Bezirks-  
vertretung. Bezirksvorsteher Dr. Spielmann ist Rechtsanwalt und gehört der  
Bezirksvertretung Hietzing seit dem Jahre 1923 an.

.....  
Neue Wiener Strassennamen. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwal-  
tungsangelegenheiten hat kürzlich mehrere Strassen und Verkehrsflächen im  
Siedlungsgebiet Flötzersteig benannt. Alle diese Verkehrsflächen wurden der  
Erinnerung an die ~~Märzrevolution 1848~~ Märzgefallenen gewidmet. So er-  
hält der inmitten der Siedlung gelegene Platz den Namen "Achtundvierziger  
Platz". Der vom Flötzersteig zur Antäusgasse führende Weg wurde "Drawitzweg"  
benannt. Die Gasse vom Flötzersteig zur Heinrich Collingasse erhält den Na-  
men "Donhardtgasse". Die vom Flötzersteig zur Ameisbachgasse führende Gasse  
wurde "Gustrogasse" benannt. Der Weg von der Gustrogasse zum Achtundvierziger  
Platz wird "Kissgasse" heissen. Andere Strassenzüge erhielten folgende Namen:  
"Erbacherweg", "Konitscherweg", "Korlessgasse", "Köppelweg", "Lebingergasse",  
"Scherfweg", "Staargasse", "Stauffergasse", "Striagasse", "Schamborgasse", "Unter-  
raingasse", "Sandrockgasse" und "Zettelweg".

.....  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tagt am Dienstag um 10 Uhr vor-  
mittags der Wiener Stadtsenat. Der Gemeinderat wurde nicht einberufen.

.....  
Festbeleuchtung des Rathauses. Wie in den Vorjahren, wird auch am kommenden  
ersten Mai das Wiener Rathaus von zwanzig bis einundzwanzig Uhr festlich  
beleuchtet. An diese Festbeleuchtung anschliessend wird von einundzwanzig  
Uhr bis zweiundzwanzig Uhr der Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz  
seine farbenprächtigen Spiele zeigen.

.....  
Keine Sprechstunde bei Stadtrat Linder. Wegen Erkrankung des amtsführenden  
Stadtrates Julius Linder entfallen bis auf weiteres seine Sprechstunden  
im Rathaus.

.....

Vorsicht bei Ankauf von nicht fabriksneuen Lastkraftwagen. Bekanntlich haftet der Käufer eines nicht fabriksneuen Personenkraftwagens für die rückständige Automobilabgabe des Vorbesitzers. Wiederholt wurden Personenkraftwagen durch Umbau in Lastkraftwagen umgewandelt und sind als solche zum Verkauf gelangt. Der Käufer unterliess es sich zu erkundigen, ob ein Rückstand an Automobilabgabe vorhanden ist, und wurde dann durch den Haftungszahlungsauftrag sehr überrascht, der ihm die Zahlung der rückständigen Abgabe vorschreibt. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass durch den Umbau eines Personenkraftwagens in einen Lastkraftwagen die Haftung des Nachfolgers nicht erlischt. Es ist nicht nur durch eine Anfrage beim Magistrat, sondern auch durch genaue Einsichtnahme in das Typenprüfungszeugnis festzustellen, ob es sich um einen von vorneherein als Lastkraftwagen gebauten oder um einen aus einem Personenkraftwagen umgebauten Wagen handelt. Es empfiehlt sich jedenfalls, vor Ankauf eines gebrauchten Lastkraftwagens bei der Magistratsabteilung 5, Kraftwagenabgabe, unter Vorlage des Typenprüfungszeugnisses anzufragen, ob Rückstände an Kraftwagenabgabe vorhanden sind.

-----

Goldene Hochzeiter. Am Freitag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Johann und Friederike Brandl und Alexander und Emilie Hajdecki anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

-----

Schülerfahrtbegünstigungen auf der Strassenbahn. Wie die Direktion der städtischen Strassenbahnen mitteilt, empfiehlt es sich, die Ansuchen um Schülerfahrtbegünstigungen auf den städtischen Strassenbahnen für das kommende Schuljahr schon jetzt, jedenfalls aber noch vor Schluss des laufenden Schuljahres einzubringen. Für die zeitgerechte Erledigung der im Juli und August oder gar erst nach Schulbeginn eingebrachten Fahrtbegünstigungsansuchen kann nicht gebürgt werden.

-----

Strombad "Aspernbrücke". Nach einer Mitteilung der städtischen Bäderverwaltung wird das städtische Strombad "Aspernbrücke" bereits am Montag, den 6. Mai eröffnet.

-----

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau"; I., Parkring 12 spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Amtsrat Kratochwyle über "Die Entwicklung des städtischen Gartenwesens".

-----

Wien, am Montag, den 29. April 1929

.....  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird in der Inneren Stadt in der Postgasse, Bäckerstrasse, Köllnerhofgasse, Schönlaterngasse, Jesuitengasse, Lugeck, Barbaragasse, Predigergasse, Auwinkel, Dominikanerbastei, Wiesingerstrasse, Georg Cochplatz, Grashofgasse, Sonnenfelsgasse, Essiggasse und Universitätsplatz die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.

.....  
Stadtbahn- und Strassenbahnverkehr am 1. Mai. Wie in den Vorjahren wird auch heuer am 1. Mai der Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn und der Wienerstädtischen Strassenbahnen ab Ring erst um ungefähr 14 Uhr aufgenommen.

.....  
317 Gäste in der städtischen Schülerherberge. In dieser Woche hat die Städtische Schülerherberge in der Unteren Augartenstrasse wieder sehr viele Schüler aus dem Auslande als Gäste, die vornehmlich zu Studienzwecken, insbesondere der kommunalen Einrichtungen, nach Wien gekommen sind. Insgesamt bequartiert und Verköstigt die städtische Schülerherberge diese Woche 317 Gäste. Es sind dies Zöglinge der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt Warschau, Belgrader und Karlsbader Handelsakademiker, Staatsgewerbeschüler aus Komotau, Hörer der Grazer Maschinenbaulehranstalt, der Lehrerbildungsanstalten Graz sowie Oberschützen und schliesslich Studierende aus Traisen und Krems.

.....  
Historisches Museum der Stadt Wien. Wie die Direktion der städtischen Sammlungen mitteilt, ist das Historische Museum der Stadt Wien am Mittwoch, den 1. Mai, geschlossen.

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Rathauses findet morgen Dienstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....  
Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Wie die Direktion der städtischen Frauengewerbeschule, V., Margaretenstrasse 152, mitteilt, empfiehlt es sich, die Einschreibungen für das neue Schuljahr für Weissnähen und Kleidermachen schon jetzt vorzunehmen.

.....

Wien, am Dienstag, den 30. April 1929

.....  
Ausländische Gäste studieren die städtischen Schöpfungen. Es ist ein überaus  
 erfreuliches Zeichen ~~von grossen Inter~~<sup>esse</sup> des Auslandes für die neuen kommunalen  
 Schöpfungen, dass während des ganzen Jahres viele Fremde nach Wien kommen,  
 um die hiesigen städtischen Einrichtungen zu studieren. Es sind dies vornehmlich  
 die Wohnhausanlagen, die Kinderübernahmestelle, die Kinderherberge Schloss  
 Wilhelminenberg, die Kindergärten, das Amalienbad und so weiter, die das lebhafteste  
 Interesse der Gäste finden. So besuchten in den letzten Wochen uruguayische  
 Gesandtschaftsattachés, Aerzte und Journalisten aus Buenos Aires, Reisegesellschaften  
 aus Südafrika und Holländisch-Indien, Dresdner, Kölner, Pressburger und Bukarester  
 städtische Funktionäre, holländische Eisenbahner, eine grössere Frauenreisegesellschaft  
 aus Budapest und eine Anzahl von Einzelreisenden aus Rotterdam, Bonn, Frankfurt am Main  
 und Paris das neue Wien. Die Gäste äusserten sich über das Gesehene sehr befriedigt  
 und bezeichneten viele Schöpfungen als vorbildlich auf dem Gebiete der modernen  
 Stadtverwaltung.

.....  
Beginn der kommunalen Bautätigkeit. Während in den früheren Jahren entsprechend  
 einer günstigeren Witterung die städtische Bautätigkeit schon früher einsetzte,  
 ergab sich heuer wegen des anhaltend schlechten Wetters eine Verzögerung. Da  
 jetzt günstiges Wetter eingetreten ist, wurde nunmehr die städtische Bautätigkeit  
 in vollem Umfang aufgenommen, um die durch das Wetter verschuldete Verzögerung  
 wettzumachen. So hat der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen vorige Woche  
 für nicht weniger als viereinhalb Millionen Schilling Bauarbeiten vergeben. Die  
 Arbeitsaufträge für Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für den städtischen  
 Neubau in der Franklinstrasse betragen rund zwei Millionen Schilling, für den Bau  
 des zweiten Teiles der Wohnhausanlage in der Erzherzog Karlstrasse 1'2 Millionen  
 Schilling, für das Baulos V der Wohnhausanlage in der Aichholzgasse 170.000  
 Schilling, für den Wohnhausbau auf der Weissgärberlande 140.000 Schilling,  
 für den Neubau in der Anton Stärkgasse rund 100.000 Schilling, in der Christian  
 Buchergasse über 80.000 Schilling und schliesslich für die neue Wohnhausanlage  
 auf dem Puchsbaumplatz 60.000 Schilling. Ansonsten wurden noch Schlosser-,  
 Spengler-, Zimmermanns-, Bau Tischler- und Installationsarbeiten im Betrage  
 von 600.000 Schilling in Auftrag gegeben.

.....  
Festbeleuchtung des Wiener Rathauses. Anlässlich des Staatsfeiertages wird  
 das Wiener Rathaus morgen von 20 Uhr bis 21 Uhr festlich beleuchtet. Der  
 Leuchtbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz wird von 21 Uhr bis 22 Uhr in  
 farbigem Licht erstrahlen. Alle städtischen Gebäude werden mit Fahnen in  
 den Farben der Stadt Wien geschmückt.  
 .....

Kinderrettungswoche. Das Wiener Jugendhilfswerk, dem amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler vorsteht, ist seit Jahren bemüht, möglichst viele Kinder, deren Gesundheit gefährdet ist, durch einige Wochen Landaufenthalt zu kräftigen. Obwohl die Eltern selbst, die Gemeinde Wien, die Krankenkassen, die Elternvereine und Fürsorgevereine bedeutende Beträge aufbringen, reichen die Mittel doch nicht aus, um den Ansprüchen gerade der ärmsten Kinder zu genügen. Das Wiener Jugendhilfswerk veranstaltet daher auch heuer wieder gegenwärtig die Kinderrettungswoche. 6000 Fürsorgeräte und über 40.000 Hausbesorger haben sich unentgeltlich in den Sammeldienst für die Kinder Wiens gestellt. Die Bevölkerung ist durch Plakate auf den Strassen und in den Strassenbahnwagen, durch Lichtreklame und Radio bereits auf die Sammlung aufmerksam gemacht worden. Im Laufe der Woche werden auch noch Musikkapellen Werbeumzüge veranstalten.

-----

Stadtbahn- und Strassenbahnverkehr am 1. Mai. Wie schon gemeldet, wird auch heuer am morgigen Staatsfeiertag der Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn und der Wiener städtischen Strassenbahnen ab Ring erst um ungefähr 14 Uhr aufgenommen.

-----

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird in der Inneren Stadt auf dem Dr. Karl Luegerplatz, auf der Wieden in der Paniglasse, Karlgasse, Frankenberggasse und Apfelgasse, in Margareten in der Franzengasse, Grüngasse, Webergasse, Rüdigergasse und Steggasse, in Mariahilf in der Münzwardeingasse, Brauergasse, Königseggasse, Loquaipplatz und Hugo Wolfgasse und schliesslich in Währing in der Cottagegasse, Anton Frankgasse, Heizingerstrasse, Hofstättgasse, Rieglergasse, Edelhofgasse, und Moosbachergasse die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Betrieb gesetzt.

-----

Bezirksvertretung Hietzing. Die nächste Plänarsitzung der Bezirksvertretung Hietzing findet am Samstag, den 4. Mai, um 16 Uhr statt.

-----

Gemeindevermittlungsamt Neubau. Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 2., 8., 15., 22. und 29. Mai im Büro des Bezirksvorstehers um halb 11 Uhr vormittags statt. Die nächsten Sühneverhandlungen vor dem Gemeindevermittlungsamt Margareten werden am 8., 15., 22. und 29. Mai abgehalten.

-----